REDAKTIONS NA CHRICHTEN

Die CHILE-NACHRICHTEN erscheinen seit Juni 1973.

Herausgeberkreis:

Komitee "Solidarität mit Chile", Westberlin Chile-Komitee Hamburg
Komitee für ein sozialistisches Chile, Hannover
Komitee "Solidarität mit Chile", Heidelberg
AELA München
Komitee "Solidarität mit Chile" Tübingen

Alle Komitees, die sich an der Herausgabe beteiligen möchten, bitten wir um Kontaktaufnahme.

Die Redaktion hat ihren Sitz in Westberlin.

Das Redaktionskollektiv arbeitet unentgeltlich. Die Druckarbeiten werden von befreundeten Druckern geleistet. Sie verzichten auf ihre Lohnkosten aus Solidarität mit dem politischen Kampf des chilenischen Volkes. Der erreichte Umfang unserer Tätigkeit läßt es nicht mehr zu, von zufälligen und sporadisch eintreffenden Spenden abhängig zu sein. Um die monatliche Erscheinungsweise zu sichern, bitten wir: Überweist die noch ausstehenden Beträge auf das Spendenkonto des Komitee "Solidarität mit Chile"

Kto-Nr. 38 00 87 -108 Postscheckamt Berlin West Sonderkonto Elfriede Kohut, Stichwort: Chile-Nachrichten.

Die Angabe des Stichworts ist wichtig, da sonst dieser Betrag den allgemeinen Spenden zur Unterstützung des politischen Kampfes in Chile zugerechnet werden. Und noch eine Bitte wegen der Verbuchung: Bitte auf der Überweisung den Absender deutlich angeben. Allen Beziehern, die bisher regelmäßig -z:T.über das Notwendige hinaus- gespendet haben, möchten wir bei dieser Gelegenheit herzlich danken.

Solidaritätspreis der Chile-Nachrichten DM 1,50

bei Zusendung innerhalb Berlins DM 2,-bei Zusendung innerhalb der BRD DM 2,50

Jahresspende in Berlin DM 25.--Jahresspende innerhalb der BRD DM 30.--

In der Jahresspende ist die kostenlose Zusendung der Sondernummern und Dokumentationen enthalten.

Impressum:

Redaktion: Redaktionskollektiv V.i.S.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 19. September 1974

Alle Nachrichten, Beiträge und Bestellungen sind zu richten an: Redaktion der Chile-Nachrichten c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str.8 Tel. 030-853 80 00.

CHILD-NACHRICHTEN

NUMMER 19

JG. 2

1.9.1974

WESTBERLIN



el pueblo sique siendo explotado



UND DAS VULK WIRD WEITERHA. AUGGEBEUTET

INHALT

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE		
→ Ein Jahr Tyrannei und kein Enda	- 5	
- Verhältnis Junta - Christdemokratie		
- Christdemokraten: zum Schweigen verurteilt	12	
- Gleichschaltung der christdemokratischen		
Presse	17	
- Erkläruno Gumucio (IC) - Leinhton (89)	10	
- Folterbericht	13	
- Liste einiger Gefängnisse, Lager etc.	23	
- Die Militärjunta und die Gewerkschaftsbewegung	25	
CHILE - LATEINAMERIKA		
- Wessen Putsch? (Chile und Brasilien)	41	
- Peru und Chile	4	
SULIDARITÄT		
 Aufruf der Koordination der chilenischen 		
Linken in Rom	44	
– Europäische Konferenz in Paris		
– Chile – Solidarität in den USA		
– Aufruf der westdeutschen Komitees		
- Westberlin: Erste Ausweisungsverfügungen gegen		
Chile-Flüchtlinge	Eye.	
INFORMATIONEN		
- Chile-Komitees		
- Bibliographie		
- Materialliste		
REDAKTIONSNACHRICHTEN		
THE PARTY OF THE P		



UND EIN NEUER MENSCH WIRD GEBOREN

EIN JAHR TYRANNEI UND KEIN ENDE

Sah es um die Jahresmitte noch so aus, als ob die chilenische Militärjunta aus ihren wirtschaftspolitischen und internationalen Mißerfolgen praktische Schlußfolgerungen irgendwelcher Art ziehen würde, so haben die Ereignisse der betzten Wochen gezeigt, daß die chilenischen Militärs im Gegenteil entschlossen sind, den eingeschlagenen Kurs der gewaltsamen "Entpolitiserung", des Terrors und der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung des überwiegenden Teils der Bevölkerung eisern durchzuhalten und sogar noch zu verschärfen.

Wenn der General Augusto Pinochet, nunmehr als "Oberster Chef der Nation", am 11. September 1974 seinen Rechenschaftsbericht tiber ein Jahr geleistete Arbeit an der Spitze der Junta hält, wird er einzig und allein erklären, daß und warum das in- und ausländische Großkapital in Chile vorläufig nichts mehr zu befürchten hat und wie die Junta dafür gesorgt hat. Selbst ob einige profaschistische Gruppen wie die sogenannte "Frauen-macht" - ursprünglich vom der Nationalen Partei organisierte Frauen -, die Studentenschaft der Katholischen Universität und die Schülerschaft einiger Gymnasien zum Jahrestag des Putsches auf der Straße demonstrieren dürfen, wird erst in letzter Minute entschieden. An sich ist ihnen durch Legierungsdekret jede Art von politischer Betätigung ausdrücklich verboten.

Noch immer besteht der Zustand des inneren Krieges, noch immer gilt das nächtliche Ausgehverbot, dessen Bestimmungen sogar noch verschärft werden.

DIE JUNTA UND DIE CHRISTDEMOKRATEN

Mögen die Christdemokraten - und besonders ihr rechter Flügel unter der Führung von Eduardo Frei - geglaubt haben, daß ihnen nach dem Putsch irgendwann die Macht in Chile wie ein reifer Apfel in den Schoß fallen würde, so besteht spätestens seit Juli öffentlich kein Zweifel mehr daran, daß die Junta gewillt ist, auch diese Partei zu liquidieren. Pinochet hat inzwischen mehrfach betont, daß seine Regierung keinen Übergang zwischen zwei Regierungen von Politikern darstelle, und sich in deutlichen Worten gegen Ehrgeiz und Herrschsucht der Christdemokraten gewandt. Die Junta will so lange bestimmen, bis keine Gefahr mehr besteht, daß die Marxisten in einem freien Spiel der politischen Kräfte Einfluß nehmen können. Das bedeutet bei dem politischen Bewußtseinsstand der Chilenen praktisch die Verewigung der Herrschaft der Junta, auch wenn sie das selbst leugnet.

Bei ihrem Zusammenstoß mit den Christdemokraten haben sich die Militärs aber nicht nur auf Erklärungen beschränkt. Die der Partei gehörende Radiostation Balmaceda wurde geschlossen. In einem Briefwechsel mit dem Parteipräsidenten Aylwin durfte sich der später ausgewechselte Innenminister General Bonilla im Gegensatz zu früher auf keinerlei Diskussion mehr einlassen, sondern verlangte einfach Gehorsam. (Vergleiche den Briefwechsel in diesem Heft). Der Wechsel

Bonillas, eines Mannes, der immer als Vertrauter von Frei galt, aus dem eher "politischen" Innenministerium ins Verteidigungs-ministerium kommt einer Entmachtung gleich und richtet sich ebenfalls gegen die Christdemokraten. Am schlimmsten aber muß es die Partei treffen, daß in den Ausführungsbestimmungen über die Entlassung von 100 000 Staatsangestellten steht, daß bevorzugt die entlassen werden sollen, die nach dem 31. Dezember 1969 - also nicht erst nach Allendes Amtsantritt am 4. November 1970 - eingestellt worden waren. Präsident Frei hatte nämlich 1970 im letzten Jahr seiner Präsidentschaft noch viele Parteigänger in Staatsämtern untergebracht, um Anhänger zu gewinnen, um den Staatsapparat auch weiterhin zu kontrollieren und um seinem Nachfolger in jedem Fall das Leben schwerzumachen. Auch diesen Staatsangestellten droht jetzt die Entlassung.

DIE KABINETTSUMBILDUNG

Im Hinblick auf das Datum des Putsches wird heute in Chile für größere Anlässe der Regierung fast immer der elfte Tag des Monats gewählt. (Die Linke ihrerseits hat durch Flüsterpropaganda erreicht. daß an diesen Tagen die Geldbörsen geschlossen bleiben und kaum noch gekauft wird. Das fällt nicht schwer, da ohnehin kaum jemand Geld hat, um die steigenden Preise zu bezahlen). Am 11. Juli nun stellte Pinochet sein neues Kabinett vor. Zuvor hatten alle Minister und hohen Beamten zurücktreten müssen, um ihm freie Hand zu lassen.

Pinochet ließ nur wenige der bisherigen Minister in ihren Amtern und schuf mit einem Federstrich die neuen Ministerien für Wirtschaftskoordination und Transport, Wichtige Verände rungen ergaben sich vor allem dadurch, daß der Einfluß des Heeres mit nunmehr fünf statt drei Ministerien gegenüber Harine und Luftwaffe verstärkt wurde und daß die meisten der neuen Hinister als Hauptverdienst für sich in Anspruch nehmen können, an der Verschwörung zum Putsch aktiv teilgenommen zu haben. Das gilt sowohl für die Heeresgeneräle Benavides (Inneres - ein im Vergleich zu seinem fast leutseligen Vorganger Bonilla kaltschnäuzig-sturer Mann) und Garin (Transport unter Allende aus dem Dienst entlassen), als auch für die 1 ltwaffergenerale Diaz (Arbeit) und Merrera (Gesundheit). Es silt schließlich auch für Admiral Carvajal, der vom Verteidigungs- ins Außenministerium wechselte. Dort mußte Admiral Huerta ausscheiden. nachdem er zwei handfeste Skandale nicht hatte verhindern können. Zuerst war entdeckt worden, daß beamte der chilenischen Botschaft in Washington, darunter auch Militürs, tief im Rauschgiftschmuggel verwickelt waren und dazu auch die Kurierpost des Außenministeriums benutzten. Dann hatte sich Huerta von seinem mexikanischen Kollegen Rabgsa die Ausreise von 71 Asylierten gegen das Versprechen der Lieferung von Düngemitteln abhandeln lassen. In Mexiko angekommen, stellte Rabasa fest, daß sein Land gar keine Düngemittel produziert, die es liefern könnte. Seitdem gilt die mexikanische Regierung für die chilenischen Militärs als eine Bande von ehrlosen Schurken, und der MERCURIO schreckt sogar nicht davor zurück, dem mexikanischen Präsidenten vorzuwerfen. er sei 1968 als Innenminister verantwortlich für den "Mord an



Hunderten von arglosen, unbewaffneten marxistischen Studenten" auf dem Platz der drei Kulturen gewesen - was tatsächlich nicht zu leugnen ist (10.7.).

Wichtiges Kennzeichen der Kabinettsumbildung war jedoch zweifellos das Verbleiben von Wirtschaftsminister Léniz in seinem Amt und die ausdrückliche Beetätigung seiner Wirtschaftspolitik, die auch dadurch unterstrichen wurde, daß die Ministerien für Wirtschaftskoordination (Raúl Sáez) und Finanzen (Jorge Canas) mit Männern besetzt wurden, die an der Programmierung der Wirtschaftspolitik schon bisher teilgenommen und Leniz zu den Umschuldungsverhandlungen nach Paris begleitet hatten. Báez war früher einer der "Neun Weisen" der Allianz für den Fortschritt, dann auch kurze Zeit Chef der Entwicklungsbehörde und Finanzminister unter Frei gewesen. Canas, unter Frei Chef der Zentralbank, war in der Allende-Zeit Forschungsdirektor in McNamaras Weltbank. Mit Rücksicht auf die Junta ist er jetzt offiziell aus der Christdemokratischen Partei ausgetreten.

DAS INVESTITIONSSTATUT

Raúl Sáez ist auch der Verantwortliche für das neue Statut für ausländische Investitionen, das einen Tag nach der Kabinettsumbildung veröffentlicht wurde. Insgesamt besagt dieses Statut nicht mehr und nicht weniger als daß dem Auslandskapital für die Ausbeutung des Landes und der Menschen alle nur denkbaren Freiheiten und Sicherheiten eingeräumt werden. Obwohl diese Charakterisierung eigentlich schon alles sagt, ist es dennoch lehrreich, einige der wichtigsten Bestimmungen hervorzuheben. So wird den investierenden Unternehmen erlaubt. Profite in unbegrenzter Höhe ins Mutterland abzuführen - in den USA liegt die Grenze heute bei 6 %. Steuerfreiheit kann gewährt werden. In bestimmten Fällen brauchen auch die Exporterlöse nicht nach Chile zurückgeführt zu werden. Der Zugang zum Devisenmarkt wird gewährleistet. Kapital und Profite können jederzeit wieder abgezogen werden. Am wichtigsten aber ist, daß der Artikel 24 des Vertrags von Cartagena, in dem die Staaten des Andenpakts Auslandsinvestitionen sehr klaren und eindeutigen Bedingungen unterworfen haben, nur auf solche Unternehmen angewandt werden soll, die von Chile aus in andere Länder des Andenpakts exportieren wollen. Diese zu Geist und Buchstaben des Vertrags von Cartagena eindeutig in Widerspruch stehende Bestimmung hat denn auch sofort den erstaunten und empörten Protest der Regierungen Perus und Boliviens hervorgerufen, woraufhin die Junta nicht etwa eine baldige Anderung ihres Statuts, sondern Verhandlungen über die Änderung des Vertrages ankündigte. Inzwischen mußte Saez zu Verhandlungen mit den Partnerstaaten des Andenpaktes geschickt werden.

Der Geist des Investitionsstatuts kommt zum Ausdruck in den Propagandaschreiben, die das chilenische Außenministerium über die Botschaften an interessierte Unternehmen und Verbände schicken läßt. Da heißt es etwa:

"Man muß auch die bestehenden Arbeitsbedingungen hervorheben, die es erlauben, zu einer optimalen Ausnutzung der menschlichen Ressourcen zu kommen. Seit dem 11. September haben die chilenischen Arbeiter ihre Mentalität verändert; sie haben den Arbeitsrhythmus gesteigert und eine Disziplin erlaubt, die man nicht in vielen Ländern finden kann." Und weiter:

"Die einzigen und wesentlichen Bedingungen sind, sich an das Sozialstatut der Unternehmen zu halten, das sich im wesentlichen auf die Berufsqualifizierung der Arbeiter und die breite Information über die innere Führung des Unternehmens bezieht." Das schon häufig angekündigte Sozialstatut soll bald veröffentlicht werden. Jetzt weiß man endlich, was es bringen wird: Qualifizierung zur Leistungssteigerung.

DIE ROLLE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Die Propaganda mit dem großzügigen Investitionsstatut wird erst jetzt richtig auf Touren gebracht. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Bundesrepublik Deutschland geschenkt, weil man von ihr am ehesten die für große Investitionen nötige Wirtschaftskraft erwartet. Tatsächlich zeigen sich auch BASF, Bayer, Höchst und Ferro-Stahl höchst zufrieden mit den Ergebnissen ihrer chilenischen Filialen unter den neuen Bedingungen. Die Deutsch-Überseeische Bank, eine Tochter der Dresdner Bank, hat sich Mitte Juli bei der Gründung einer Entwicklungsbank in Chile mit einem größeren Beitrag engagiert. Außerdem sind Mitte Juli, praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die zweiseitigen Umschuldungsverhandlungen zwischen Chile und der Bundesrepublik über einen Gesamtbetrag von 151 Millionen DM zu einem "beide Seiten befriedigenden" Abschluß gebracht worden.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß Minister Såez sich für seinen ersten öffentlichen Auftritt im Beisein aller, die Rang und Namen haben, die Jahrestagung der Deutsch-Chilenischen Handelskammer wählte. Cervantes und Goethe für den Schluß lassend, stellte er in diesem Kreise in aller Offenheit fest, daß die schwierigen Probleme der Zahlungsbilanz, der Handelsbilanz und der Inflation praktisch keine Lösung hätten, wenn nicht große Investitionen aus dem Ausland hereinkämen.

DIE INFLATION

Die Junta und die zuständigen Minister geben jetzt auch offen zu, daß sich der Rhythmus der Inflation seit Allendes Sturz erheblich beschleunigt hat und daß die Jahresrate von etwa 300% im August 1973 auf 746% im April 1974 gestiegen ist. Aber sie tun das aus einem sehr durchsichtigen Grund, den eine freie Presse längst durchschaut und denunziert hätte. In der hohen Jahresrate ist die Superinflation vom letzten Oktober, direkt nach dem Putsch, enthalten, als die Preise in einem Monat durchschnittlich fast auf das Doppelte stiegen. Ab dem kommenden Oktober nun wird diese Superinflation

nicht mehr in der Jahresrate enthalten sein, so daß es leicht sein wird, sie wieder auf etwa 300% zu senken. Das kann dann als gigantischer Sieg propagandistisch ausgeschlachtet werden.

Dabei sind 300% Inflation für die Masse der Bevölkerung eine Katastrophe, besonders wenn – anders als unter Allende – kein ausreichender Ausgleich des Kaufkraftverlusts gewährt wird. Die Reallöhne sinken auf diese Weise ständig weiter. Schon im Januar lagen sie um 30%-40% unter dem vergleichbaren Stand der Allende-Zeit. Von Januar bis Mai stieg der Preisindex um 103%, die Löhne wurden aber im Mai nur um 30 bis 62% erhöht, Im Juni und Juli stieg der Index noch einmal um 35%, die Löhne im Juli nur um 20%. Jetzt hat die Junta für die Feierlichkeiten im September jedem Arbeiter eine Zulage von 13 (dreizehn) Mark versprochen und im Oktober sollen die Löhne noch einmal um 15% erhöht werden. Aber auch diese Erhöhung wird schon vorher von den Preissteigerungen verschlungen sein.

Die einzige Lösung, die die Regierung bisher in ihrem antiinflationären Kampf ins Auge gefaßt hat, bestand, so paradox
das klingen man, in weiteren Preissteigerungen und mehr Arbeitslosen. Nach der angewandten Doktrin sind nämlich einzig
und allein die hohen Ausgaben des Staats für die Inflation verantwortlich. Infolgedessen schafft man zunächst die Subventionen ab, was allein im Juni zu einer Verdoppelung der Preise
der lebenswichtigsten Konsumgüter und einer durchschnittlichen
Preissteigerung von 20,8% geführt hat. Die Junta hat zweifellos recht, wenn sie sagt, daß damit zukünftige Inflation verhindert wird, weil irgendwann keine Subventionen mehr da sind,
die man noch streichen könnte; es sei denn, man setzt dann
die Inflation durch mächtige Steuererhöhungen fort.

ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT

Zweitens aber entläßt man 100 000 Staatsangestellte auf den freien Arbeitsmarkt. Da dieser inzwischen von Hunderttausenden von Arbeitslosen verstopft ist, hat die Junta jetzt das Programm des "Neuen Unternehmers" entwickelt. Danach sollen die entlassenen Staatsangestellten neben ihrer Abfindungssumme das Recht auf einen doppelt so hohen Kredit zur Gründung eines Unternehmens erhalten. Der Vorsitzende des Bundes der Stantsangestellten hat nach einem Besuch bei Pinochet dieses Frogramm als sehr generös bezeichnet und vorgerechnet. daß ein relativ gut verdienender Mann mit 200 Mark Monatseinkommen auf 400 Mark Abfindung und 800 Mark Kredit rechnen könnte. Leider hat der Verbandsfunktionär, der der Junta treu ergeben ist, nicht ausgeführt, was für eine Art Unternehmen man mit einmalig 1200 Mark abzüglich Lebenskosten gründen könnte. Das man so einfach in Mark umrechnen darf, ergibt sich nicht nur aus der Lektüre der täglichen Preislisten in der chilenischen Presse, sondern auch aus einem unverdächtigen Propaganda-Artikel im "Deutschen Fachzeitschriften-Magazin", wo es heißt: "Die Devisenkurse entsprechen in etwa den Kaufkraftparitäten. Die Lebenshaltungskosten liegen knapp unter den gehobenen Standards".

Die Aussichten auf eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Bedingungen für die Massen der Bevölkerung sind äußerst gering. Da der Kupferpreis seit Wochen auf dem relativ niedrigen Stand von etwa 80 Dollar-Cent pro Pfund geblieben ist, der Weizen, der eingeführt werden muß, aber seinen hohen Preis behält, versucht die Regierung, die Bauern durch das Versprechen eines sehr hohen Weizenpreises für die nächste Ernte zum verstärkten Weizenanbau anzureizen. So können die Arbeiter schon jetzt mit einer scharfen Erhöhung des Brotpreises rechnen. Ihre Lage wurde in den jetzt endenden Wintermonaten zusätzlich erschwert durch die Kälte und die vielen Überschwemmungen, gegen die kein Schutz vorhanden war, Viele erhalten nicht einmal den Mindestlohn von 90 DM monatlich, der weder zum Leben noch zum Sterben reicht. Auch die jetzt eingeführte Arbeitslosenunterstützung von zwischen 50 und 120 DM(je nach bisherigem Verdienst) reicht zu nichts. So ist es kein Wunder, daß Orlando Saenz, bis vor kurzem noch Präsident des Industriellenverbandes und Wirtschaftsberater der Junta (vgl. CHILE-NACHRICHTEN Nr. 17) heute unter Freunden in Mexiko berichtet, in Chile würden jetzt die ersten Menschen Hungers sterben.

So ist es auch kein Wunder, daß kaum jemand mehr das Geld für Busfahrten und Eintrittspreise zum Fußballspiel hat. Bei einer Doppelveranstaltung mit vier führenden Mannschaften der ersten Liga erschienen Mitte Juli genau 84 Zuschauer im Nationalstadion, nicht einmal zwei Zuschauer pro Spieler.

Zur gleichen Zeit aber werden, mit Rücksicht auf die Vertrauenswürdigkeit der Junta beim internationalen Kapital, riesige "Entschädigungen" an Firmen gezahlt, die unter der Regierung Allende enteignet worden waren. So hat die Junta am 24. Juli mit dem nordamerikanischen Kupferunternehmen Anaconda Company vertraglich die sofortige Zahlung von 65 Millionen Dollar und die spätere Zahlung von 188 Millionen vereinbart.

VERSCHÄRFUNG DES TERRORS

Daß sich diese Politik gegenüber den Massen der Bevölkerung nur durch Aufrechterhaltung und sogar Verschärfung des Terrors weiterhin durchführen läßt, ist auch der Junta klar. Anfang Juli wartete deshalb der Chef der Kriminalpolizei General Baeza, mit der Behauptung auf, daß die Linke sich mit dem organisierten Verbrechertum verbündet hätte. Das war der Auftakt zu einer Serie von Razzien, die sich besonders auf die Elendsviertel konzentrierte, in denen die Linke Einfluß gehabt hatte, und bei denen Zehntausende verhaftet wurden. In den Statistiken über diese Verhaftungswellen wird berichtet, daß nur in wenigen Fällen konkrete Vergehen und Verbrechen zur Verhaftung geführt haben. Die übergroße Mehrzahl wird verhaftet wegen "Verdachts". Jedermann ist klar, daß es sich dabei eindeutig um politische Verfolgung handelt und der Pressesekretär der Junta, Willoughby, hat in einer Erklärung am 13. August auch keinen Hehl daraus gemacht. Die Junta brüstet sich damit, eine ganze Reihe von geheimen Waffenarsenalen der Linken auf diese Weise gefunden zu haben, zuletzt sogar ein Waffenlager des MIR in einem Gebäude. das dem erzbischöflichen Ordinariat gehört.

Andererseits sehen sich die Militärs immer häufiger gezwungen, auf Wandinschriften und Flugblätter der Linken direkt einzugehen und damit zuzugeben, daß die politischen Organisationen nicht nur überlebt haben, sondern ihre politische Arbeit intensivieren. Die Junta antwortet darauf mit dem Versuch, die Linke auseinanderzutreiben. Sowohl Pinochet als auch Willoughby haben im August behauptet, die Kommunistische Partei versuche, ihre Stellung innerhalb der Linken dadurch zu festigen, daß sie Führer und Mitglieder anderer Parteien und Organisationen an die Militärs verrate.

Für den Terror braucht man inzwischen ein Maß an Präzision, das sich mit persönlichen "Exzessen" einzelner Verfolger nicht mehr verträgt. So sind nach den Angaben der Junta in letzter Zeit einzelne Offiziere und Soldaten wegen Überschreitung der Richtlinien gemaßregelt oder bestraft worden. Viel haben sie nicht zu befürchten. Denn bei rechten Straftätern drückt die Militärjustiz beide Augen zu. So ist beispielsweise Juan Luis Bulnes, der Mörder General Schneiders, 1971 von einem Militärgericht in Abwesenheit zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt, aus Brasilien nach Chile zurückgekehrt, hat sich den Behörden gestellt und ist nach kurzer Zeit freigelassen worden.

DIE POLITISCHEN PROZESSE

Die Welle der Prozesse gegen die vielen tausend verhafteten Führer und Anhänger der Linken nähert sich jetzt erst ihrem Höhepunkt. Noch immer scheinen sich aber die Militärs nicht darüber geeinigt zu haben, in welcher Form die Prozesse gegen die höchsten Partei- und Regierungsfunktionäre durchgeführt werden sollen, die von der internationalen Öffentlichkeit besonders kritisch beobachtet werden. Seit nunmehr fast einem Jahr werden Luis Corvalán, Generalsekretär der Kommunistischen Partei. Clodomiro Almeyda, ehemaliger Außenminister und viele andere von einem Gefängnis oder Gefangenen lager zum anderen gebracht, ohne zu erfahren, was man ihnen überhaupt vorwirft. Derweil finden in allen Teilen Massenprozesse vor Militärgerichten statt, in denen Mitglieder der linken Parteien zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt werden. Das weiterhin angewandte Kriegsrecht gestattet es. sich dabei über alle sonst gültigen Rechtsnormen hinwegzusetzen. Ein Militärgericht in Temuco ist allerdings in seiner Willkür so weit gegangen, daß sich die Generäle gezwungen sahen, den Prozeß wiederholen zu las-

Das wird allerdings nicht im Fall des Prozesses geschehen, den ein Militärgericht der Luftwaffe gegen 64 Offiziere, Unteroffiziere und Zivilisten durchgeführt hat und der mit der
Urteilsverkündung am 30. Juli inzwischen abgeschlossen wurde.
Das Gericht hat sich in seinem Urteil den absurden Rechtsvorstellungen des Anklägers über die Existenz eines Feindes und
die Gültigkeit des Kriegsrechts auch für die Zeit vor dem
Putsch vollinhaltlich angeschlossen. Es ist sogar noch weiter
gegangen und hat den Prozeß gegen Dreyfus in Frankreich und
den Prozeß gegen das Ehepaar Rosenberg in den USA als Präzedenzfälle für sein eigenes Vorgehen bezeichnet, Prozesse also,
die sonst jedem Juristen als Beispiele skandalösen und bluti-

gen Unrechts dienen. Das Gericht verteilte demgemäß vier Todesstrafen und für alle weiteren Angeklagten hohe Freiheitsstrafen.

Der internationale Protest gegen die vier Todesstrafen, dem sich, auf Bitten von Frau Allende, auch der Papst angeschlossen hatte, führte dazu, daß Luftwaffengeneral Berdichewsky, der alle Urteile dieses Prozesses zu ratifizieren hat, schon nach einer Woche die Todesurteile in 30 jährige Freiheitsstrafen umgewandelt hat. Er hat dabei allerdings die Rechtsgrundlage des Prozesses und der Urteile ausdrücklich anerkannt und damit praktisch dazu aufgefordert, die zukünftigen Prozesse nach den gleichen, jeder Justiz hohnsprechenden Kriterien zu verfahren.

Solange die internationale Öffentlichkeit sich darauf beschränkt, gegen Todesurteile in Chile zu protestieren, und nicht die "Rechtsgrundlage" der Militärjustiz selbst in Fragestellt, solange bleiben auch Unrecht und Willkür allgemein in Chile.

Der Druck der internationalen Öffentlichkeit muß weiter zielen, muß darauf gerichtet sein, die Basis des Terrors und des Unrechts selbst anzugreifen. Die internationale Transportarbeitergewerkschaft hat einen Schritt in dieser Richtung getan als sie für den 18. und 19. September, aus Anlaß des chilenischen Nationalfeiertags einen allgemeinen Boykott aller Verkehrsmittel von und nach Chile beschlossen hat.



VERHÄLTNIS JUNTA - CHRISTDEMOKRATIE

Christdemokraten; zum Schweigen verurteilt

Die folgenden Dokumente, die Mitte Juli in der chilenischen Presse veröffentlicht wurden, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Versuche des rechten Flügels der Christdemokratischen Partei, nach der Teilnahme an der Vorbereitung des Putsiches nun auch Einfluß auf die Politik der Militärjunta zu nehmen, endgültig gescheitert sind.

Briefwechsel Aylwin-Bonilla

Brief des Vorsitzenden der PDC

Herr Immenmister General O. Bonilla

Seit dem 7. dieses Monats werden die Sendungen des Senders Radio Balmaceda auf eine entsprechende Verfü gung der Pressestelle der Regierung hin einer Vorzensur unterworfen. U.a. wurden die Kommentare von Jaime Castillo und Marta Caro aus dem Programm gestrichen, und es wurde verboten, der Öffentlichkeit diese Maßnahme mitzuteilen.

Diese Rachanna ist uncrecht, weil sie durch keine Erneinisse gerechtfortint wire. Der Sender Presidente Ralmaceda nat seine Autoape - die Üffentlichkeit zu informieren und zu prientieren – korrekt, wahrheitsoetreu und maßvoll erfüllt und hat immer versucht, den behan Aufsaben der nationalen befricuuns loyattu dieman. vie kommentare von Jaime Castillo und Marta Laro sind nicht von diesem Grundsatz abnewichen; sie haben in einer ernsten verantwortungsbewubten und treffenden weise Themen - sc z.G. die Menschenrechte - penanuelt, die berechtigter Weise einem oroßen Teil des chilenischen Volkes anderen, und deren Behandluns eine notwendige Vor aussetztung zur Erreichung eines wahren Friedens in unserem Land ist. Dhre Meinungen, die von den grundlegendsten Frinzigien des christlichen Humanismus inspiriert werden. von Prinzipien also, die von der ehrenwerten Junta-Recierung als die ihrige offiziel: amerkannt wurden, können in keiner Weise getadelt werden. Sie arück en ohne Zweifel das tiefe Emmijnden von breiten und ernstzunehmenden Teilen das chilenischen Volkes aus, eine Tatsache, die die Verantwortlichen micht imporieren können.

Diskrimierend ist die gegen Hadio P. B. berichtete Maßnahme deshalb, weil sie eie Vorgenen darstellt, das sich von der Haltung gegenüber Vielen anderen Hadiosendern sichtlich unterscheidet. Diese Sender genießen große freingit bei der Songung ihrer Hommentare, deren Inhalte und Grundtendenzen einen klaren, unleugbar politischen Charakter haben.

Diese MaGnahme ist adlikurlich, weil afon weder auf einen verfassungsmäßigen, legalen noch per Dekret festgelegten Grundsatz stützt. Sie ist weder Schriftlich niedersclogt noch den üblichen Regelunnen gemäß mitgeteilt worden. Sie stellt einen **G**ewalt**a**kt bar jeglicher juristischer Formalitäten dar. is ist schlicht und einfach eine qua Macht aufgezwunnene Voroehensweise, die weder einwPräzedenzfall kennt, noch sich auf juristische Normen stützen kann und über keine Möglichkeit verfügt, sich furistisch abzusichern.

Diese Tatsache kann nicht mit den häufligen Beteurungen der Regierung, den Rechststaat zu respektier**en**, in Einklang gebracht werden. Diese Entscheidung verletzt ein menschliches Grundrecht, denn die Freiheit die einene Geinung ohne Vorzensur zu äußern, ist ein in der Deklaration der menschenrecht esthaltenes Recht, Einige Regierungsintanzen scheinen zw glaubea, sow diese Freiheit das Recht aufabweichende Meinung wnicht enthält, ein Recht, das die Junta-Repeirung in ihrer am 12.März verfaßten Richlinien-Erklärung ausdräcklich amerkennt. Diese Instanzen sollten bedenken, daß die Bedrohunn und die Gehinderung dieses Rechtes - allerdings ohne daß es zu seiner totalen Aufhebunn kam - eines der wichtigsten totalitären Vergehen war. das die Menrheit der Chilenen an dem Allende-Regim e verabscheute.

Lieblich verletzt die negen den Sønder P. B. gerichtete Entscheidung das domiinten eines wesentlichen Teils des chilenischen Volke: - nämlich das dom book al. herer, hie wir uns zu christdemokratischen Prinzipien bekennen eratens, well aurob diese Entscheidung die Verbreitung von Ideen unterbungen virs, ole∵Tür grunJlegend halten, um⊾zweitens, weil diese Entscheidung zwei bedeutenge Luruführer umserer Ideen zum Schweigen verurteilt. wenn die Ammierung die Kopperation biker Chilemen fördert, kann sie unmöglich annehmen, dab diece sels im bløßen Zustimmen gegenüber allem erschöpfen kann, was van dealerungsseite desagt oder getan wird . hooperation beinhaltet die Loyale va rieduna der eigenen Meinung , um auf mögliche Fehler aufmerksam zu machen und zu ihrer Korrektur peizutragen. Maßnahem wie die hier behandelten manch dur folge, daß ein großer, repräsentativer Teil der Vaterländischen gemeinschaft vom nationalen vialon ausgeschloßen wird, eine Tatsache, die der von a r Berta erceptrouten nationalen Einneit eindeutig zuwiderläuft.

appen der oben ausgeführten Grände möghten wir als Vertreter der PDC und Sesitzer des Radiopencers P. G. bei Ihnen gegen die Maßnahmen die unseren schaer detrowich, protestionen und für ihre sofortige Aufhebung plädieren. Innes, Har vinister, unsere verzügliche Hochachtung

iernaneo Eduardo Geroa Garcia (Mationaler Sekretär) Patricio Aylwin Azobar (Parteivorsitzender der Christdemokratischen Partei (suspendiert))

Antwort:

An Herr o Patricio Avlwin A. vorsitzender der (suspendierten) christdemokratischen Partei

nurr Varsitzender

lon 1esas – weil unsamment – Ausdruckweise und Anlab fores Schr'eibens vom 12. aigsgo konats kategorisch ab. Sie bezichtigen ein hohes Mitglieg der menierung ulskrimminierender, willkürlicher Maßnahemen. Ein derartiges Veraghen 1st Ihnen unter den gegenwärtigen Bedingungen und als Vorsitzender ciper suspendierten golitischen Partei ausdrücklich untersagt. Als Vorcitzender einer suspendierten Partei sollte Sie sich folgende Tatsachen ins jedächtnis rujen: 1. in diesem jit es eine Militärrenierung. Das Land befindet sich in einem

Ausnahmezustand und in einem inneren Krieg.

2. nach dem Gesetz Br. 75 sind Sie nur Sachwelter des Vermögens Ihrer Partei. wach diesem Gesetz ist es Ihnen verhoten Radio P. B. für die Propagierung politischer Prinzipien oder sich als Vertretem von Teilen der Bevölkerung auszuneben.

3. Unter den gegewärtigen Bedingungen ist dœe Hauptaufgabe der Regierung, Die nationale Sicherneit zu garantieren, und sie kann nicht zulassen daß den Genigen Spielraum gegeben wird , die die Regierung angreifen.

- 4. Den Rechten der einzelnen werden durch iene Maßnahmen Grenzen gesetzt, die der Wahrung der öffentlichen Ordnunn und der Interessen der Gemeinschaft dienen. Dieser Sachverhalt wird in der Deklaration der Menschenrechte ausdrücklich festgehalten.
- 5. Ihr Srief ist in einem politischen Stil verfaßt, der entschieden von dem anweicht, den Sie in Thren Gesprächen mit dem Innenminister verwandt haben. Ein meiner Meinung nach unzulässiger Widerspruch angesichts der Tatbache, daß sich die Regierung in ehrlicher und offener Weise entfaltet und keine andere Sprache versteht. Ich hitte Sie daher, in Ihren Künftigen Griefen keine andere Ausdrucksweise zu benutzen als die des Sachwalters einer suspendierten Partei, der sich mit Ehrfurcht an die Regierung wendet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Aus MERCURIO 16.7.74)

Oscar Bonilla Brodenovic Divisionsgeneral Tonenminister

Herr General Oscar Bonilla Innenminister

Santiago, den IO. Juli 1971

Herr Minister:

Ich nenme Bezag auf Inren Brief vom 2I.Jan. Entschuldigen die, daß ich mich trotz Ihrer Anregung dieses einzige Mal an die wende. Nach runigem Nachdenken sogt mir mein Bewissen, daß Ihre Botschaft einige Bemerkungen fordert zur Vahrung der Vahrneit und anserer Würde.

I.- Vor bliem kann ich meine tiefe Überre wehung bezüglich des Innalts liver sotschaft nicht verbergen.

Ist Innen bewust, des bei den drei einzigen Jelegenheiten, Jei denen wir miteinender gesprochen neben, ich es in meiner Person als Präsident der Christdemokratischen Partei getam habe und daß ich unsere Jorge um die Menschenrechte, die Lage der Arbeitnehmer, die ideologischen Verfolgungen und die negetiven Auswirkungen der politischen Juspendierung vorgebracht nabe. Bei diesen drei Jelegenheiten naben Bie mich gebeten, klar zu Sprechen und konkrete Fälle zu nehnen, was wir menrmals schriftlich oder mündlich getan haben.

In Doereinstimmung mit Ihren Anweisungen habe ich in meinem Brief vom I2. Juni mit der Klarheit und Unbefangenheit, die Bie wünschten und die die Bedeutung der Bache erforderte, die Brühae vorgetragen, wardm wir die Zensur an Radio Balmacean, das unberer Partei gehört, als ungerecht, diskriminierend, willkürlich und im Widerspruch mit den Zielen der nationalen Einmeit stenend, die die Regierung verkündet nat, betrachten.

Statt unsere Argumente zu widerlegen, erzürnen Sie sich jetzt woßen der Klarheit und Unbefangenheit unserer Vorstellungen, sprechen mir das Recht diese zu formulieren ab, indem Sie sich auf die Suspendierung der Parteien und auf die allgemeine bage des handes berufen.

2.- Die Termini Ihres Briefes bedeuten eine Midachtung, die ich zurückweise, da sie meine persönliche Würde und die der Christdemokratie verletzt.

Das Willtär ist sehr oedacht auf seine Ehre und Würde. Die Politiker, selbst wenn men sie vom politischen Leben suspendiert, besitzen auch Ehre und Würde, dem Menschsein innewohnende Eigenschaften, die jede Autorität respektieren muß, um selbst respektiert zu werden.

In ihrer "Grundsatzerklärung" hat die Regierung festgestellt, daß "der Mensch natürliche Rechte besitzt, die ursprünglicher und nöher sind als der Staat". Dies ist die These an die wir Christemokraten glauben und desnalb ist die Aufgabe, zu erreichen, daß diese Aechte allen Chilenen voll zuerkannt und respektiart werden, das Hauptziel unserer Kömpfe. Gegen diesen Grundsatz verstößt die Autorität, die ihre Macht unter Mißachtung der Jürde der menschlichen Person ausübt.

3.- Indem uns der Synst der nationalen Lage voll bewußt ist, hat unsere Partei die Begrenzungen und Restriktionen auf sich genommen, derer das Land bedarf, um die Bicherheit, Ordnung und Stabilität zurückzugewinnen, die unerläßlich für ein normales Zusammenleben sind. Wir haben den ersten Regierungserklärungen Glauben geschenkt im Binne inner Vorsätze, die institutionelle Normalität, den Frieden und die Einheit unter den Chilenen in möglichst kurzer Zeit wied rherzustellen.

Undere verationdnisvable Heltung wurde nur mit systematischem Mistreuen erwidert. Undere optriotischen Verauche, der Regierung all and vorzutrigen, was und zweckmüdig für Jnile erscheint, naben keine andere Antwort gefunden als zahliose Beweise von Feindseligkeit.

and o Presidente Balanceda nat nie "das Spiel derjenigen gemacht, die gegen die nationale Sicherheit agieren." Der Jorge vieler Unilenen bezüglich Bishtiger Aspekte der nationalen Birklichkeit entgegenkommend, hat dien Radio Balmaccia bemüht, beine wohlüberlegten Ansichten darzuiegen, mis konstruktive und patriotische Unterstützing der Regierung und der öffentlichen Meinung. Es mit ales immer mit hiveau und in respektvoller Form getan, ohne die semmutkige Angriffsweise zu benützun, zu der andere Radios und öffentliche Wedien rücksichtsios græifen, um undere Partei und ihre kinglischer zu bekünffen.

Im Granne impliziert ihre Botsenaft die vorwegnenmende Zurückweisung jeglicher Meinung, mit der man nicht einverstanden ist, und erkehnt uns des Becht ab, der Begierung unsere eigenen Standpunkte vorzutragen.

wegen Chile ist des sammerzheft, da die Geschichte oeweist, deß keine stabile und gerochte Ordnung auf der Basis der einseitigen Aufzwingung des regierenden Willen aufgebaut werden kann. Der Verzuch dies zu machen, bied die vorangegangene Regierung scheitern. Denselben Fenlen nochmalb zu begehen, hieße den historischen Geist Chiles zu verkennen, dessen demokratische Tradition, institutionelle Stabilität und Fortschritt auf der Buche nach der mehrneitlichen Übereinstimmung beruhen. Aber das erreicht man, Herr Minister, durch den Rospekt der Personen deren Mitarbeit man benötigt und nicht darch die Aufzwingung einer Unterwerfung, der sich der Btolz der Chilenen widersetzt und die niemand von einem wehren Christamokraten erwarten kann.

Ich grüße den derrn Minister nochachtungsvoll

Patricio Aylwin Azőcar National-Präsident der Christdomokratischen Partei Offizielle Antwort an Patricio Aylwin.

DIE REGIERUNG WIRD KEINEN VERSTO9 GEGEN POLITISCHE ENTHALTSAMKEIT ZULASSEN

(Übersetzung aus Mercurio, 19. juli 74)

Wortlaut der Regierungserklärung

Das Land hat von dem Briefwechsel zwischen dem Minister General Oscar Bonilla und dem Präsidenten der Christdemokratischen Partei, im Ruhestand,Herrn PatricioAylwin. erfahren. Dazu erklärt die Regierung offiziell:

1. Herr Aylwin. hat sich an den Minister General Oscar Bonilla mit einem Brief am 12.Juni dieses Jahres gewandt, worauf dieser am 21.7. mit einem ebenso privaten Brief antwortete. Fast 20 Tage später und genau an dem Tag wo dem Land das neue Kabinett vorgestellt wurde, hat Herr Aylwin mit den Worten, die seit gestern der Üffentlichkeit bekannt sind,geantwortet. Diesmal aber gab er gleichzeitig die entsprechenden Texte an die ausländische Presse weiter. Da die Verbreitung des Inhalts der Briefe im Ausland nicht von Seiten der Regierung stattgefunden hat, muß sie logischer weise durch Kanäle der Führung der suspendierten PDC erfolgt sein. Man muß hinzufügen, daß von dem Brief des Ministers Bonilla nur Ausschnitte von den ausländischen Presseagenturen veröffentlicht wurden, während der Inhalt des Briefs von Herrn Aylwin. von den genannten Agenturen vollständig wiedergegeben wurde und das in bewüßter Absicht.

Mit diesem Sachverhalt konfrontiert, hat die Regierung die Veröffentlichung der zwei ersten Briere für notwendig gehalten,während sie mit der Veröffentlichung des dritten Briefes im Inland bis zur Amtsübernahme des neuen Innenministers wartet. Es ist also klar geworden,daß sich die Regierung in dieser Anneleoenheit äußerst korrekt verhalten hat, im Gegensatz zur Führung der suspendierten PDC,die in dieser Angelegenheit nicht gezögert hat,Chile zu benachteiligen und die elementarsten Grundsätze der Ehrenhaftigkeit zu verletzen, ohne einen gwößeren Nutzen daraus zu ziehen als die Hoffnung, niedrichen Parteiinteressen und politischen Ambitionen zu dienen, die niemals so unangebracht waren wie jetzt.

- 2. Außerdem zeint der Inhalt der Briefe des Herrn Aylwin, daß die Führung dieser Partei sich in der Praxis weigert, ihre Suspendierung zu akzeptieren und loyal und konsequent die gesetzlichen Bestimmungen zu befolgen,wie es das nationale Interesse und die Gesetze fordern, sondern daß sie versucht, sich weiterhin in das politische Leben des Landes einzumischen. Die Regierung teilt dieser parteiischen Führung mit,daß sie entschlossen ist, alle notwendigen Maßnahmen, so drastisch ie auch sein mögen, zu ergreifen, damit die politische Ruhe im Lande vollends gewahrt bleibt. Damit setzt die Regierung nicht den einseitigen Willen der Regierenden durch, wie Herr Aylwin, behauptet, sondern sie drückt die Meinung der Mehrheit der Chilenen aus.Diese ist der kleinlichen Zweideutigkeiten und der demagogischen Parteilichkeit überdrüssig, in der sich die politische Tätigkeit der letzten Zeit bewegt hat, und sieht nun in der jetzigen politischen Ruhe ein günstiges Klima für Arbeit und Fortschritt.
- 3. Aus diesem Grund gewährt die Regierung dem Minister,Gemeral Bonilla, uneingeschränkte Unterstützung und erklärt,daß die Behauptung der Führung der suspendierten CDP vollkommen unwahr und unrichtig sei, daß nämlich "ihre patriotischen Versuche,gegenüber der Regierung zu vertreten, was sie für notwendig und richtig für Chile hält, keine andere Antwort erhalten hat als zahlreiche Zeichen der Feindseligkeit".

Immer wenn sie es wünschte, hat die Regierung die Führung der PDC angehört. Solange sie eine ehrerbietige und loyale Haltung gezeiot hat. erfuhr sie ein entsprechendes Entgegenkommen der Regierung, verbunden mit dem aufrichtigen Wunsch, gerecht zu handeln. Den Vorwurf Aufrichtigkeit mit Unverschämtneit zu verwechseln, lehnen wir ab; das ist kein Zeichen der Feindseligkeit sondern Sinn für wanre Autorität. Die jetzige Regierung hat dafür einen sehr ausgeprägten Sinn und nichts und niemand kann ihr das nehmen. Außerdem weiß das Land, wer patriotisch und selbstlos sich dem Wiederaufbau des Landes widmet und wer ihn offen oder versteckt behindert,vielleicht aus der furcht, die eigene Machtpositium endgültig zu verlieren.

Das Führungsgremium der Christdemokratischen Partei hat private Briefe im Ausland veröffentlicht. Diese sollem dem Angriff gegen die Regierung dienen, und damit schließt sich die Führung der PCD der internationalen Diffamierungskampagne des Marxismus gegen Chile an; und das gerade in einem Augenblick, wo es die erste Pflicht aller Chilenen ist, sich gegen die heimtückische verleumderische Agression zu vereinigen, um sie abzuwehren.

Niemand darf seine eigene Weste beschmutzen und gleichzeitig Respekt verlannen, sondern er muß zuerst seine elementaren Pflichten gegenüber deinem

Micmand kann sich hinter der Ehre seiner Partei verstecken, wenn die Meglerung ihm seine Fehler zeigt. Die Regierung weiß genau,daß eine große Zahl Christ-demakratischer Chilenen ehrlich für den Aufbau des Landes arbeitet, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich. Diese verdienen dem tiefsten Respekt der Regierung und die Regierung ist der erste Verteidiger ihrer Rechte und ihrer Würde.

Die Regierung erklärt die Angelegenheit für endgültig erledigt.

Gleichschaltung der christdemokratischen Presse

Die den Christdemokraten nahestehende Wochenzeitschrift ERCILLA erhielt im Anschluß an den Briefwechsel zwischen Aylwin und Bonilla von der "Nationalen Direktion der Regierung für Soziale Kommunikation" folgenden Brief:

Dem Herrn Direktor der Zeitschrift ERCILLA Don Emilio Filippi.

Gemäß den Bestimmungen des Gesetzesdekrets Nr. 78 vom 17. Oktober 1974 wiederholt diese Direktion Ihnen gegenüber das strenge Verbot, Informationen, Kommentare, Erklärungen, Anzeigen oder irgendwelche andere Form der Mitteilung zu veröffentlichen, die die Bestimmungen über die Suspension der politischen Vereinigungen überschreiten.

Vigilio Espinoza Palma Oberst - Direktor

Damit ist auch der Einfluß der Christdemokraten auf ERCILLA bedeutungslos geworden. Die Partei bleibt ohne jeden Kontakt mit der Bevölkerung.

Erklärung Gumucio (IC) - Leighton (DC)

Die folgende Erklärung stammt von Bernardo Leighton Guzman und Rafael Agustin Gumucio. Beide gehören zu den ältesten und bekanntesten christlichen Politikern in Chile. 1938 gehörten sie zu den Gründern der Falange, der Partei, aus der sich die Christdemokratie entwickelte: Bernardo Leighton war Arbeitsminister und während der Regierung von Frei Innenminis* ter und Vizepräsident der Republik. Er war nationaler Präsident der Partei der Christdemokraten und im Augenblick des Militärputsches Abgeordneter seiner Partei. Rafael Agustin Gumucio ist Mitglied der politischen Kommission der Christlichen Linken, Ex-Senator und mehrfacher Abgeordneter. Während der Regierungszeit von Allende war er Präsident der Föderierten Partei der Volkseinheit.

An die fortgeschrittenen Christen in Chile und Lateinamerika

Jeder von uns hat 40 Jahre politischer Arbeit hinter sich. Wir haben Differenzen. Wir kommen aus verschiedenen Parteien. Aber wir haben immer ein gleiches Ziel verfolgt: das christliche Denken in das demokratische Zusammenleben, in die Arbeiter erbewegung und die antikapitalistischen und antiimperialistischen Kämpfe unseres Kontinents hineinzutragen.

Dieses gemeinsame Bestreben bringt uns heute dazu, einen Mahnruf an alle die zu richten, die in Chile und Lateinamerika unsere Ideen im wesentlichen teilen.

Die Militärjunta, die die Regierung unseres Landes stellt. hat sich in einer illegitimen Form der Macht bemächtigt.dient einer underechten sozialökonomischen Orientierung und verhält sich auf faschistisch und reaktionär.

Trotzdem gibt es einige, die früher mit fortschrittlichen Zielen verbunden waren, heute aber die Junta auf verschiedene Weise zu unterstützen scheinen, ihre Aktionen rechtfertigen und ihr helfen, sich gegen die Meinung der Mehrheit des Landes zu halten.

Wir wollen uns klar ausdrücken. Diejenigen, die sich so verhalten haben aufgehört fortschrittlich zu sein und haben ihre ursprünglich christliche Orientierung fallen gelassen.

Wir müssen das Gewissen unserer Freunde in Lateinamerika wachrütteln. Wir befinden uns vor einem negativen Vorgang, der nicht ignoriert werden darf, der sich nicht wiederholen darf, vor dem man sich schützen muß. Es handelt sich um einen ernsten Rückschritt, der nur durch eine unglückliche Symbiose von antimarxistischer Unduldsamkeit und Schwäche gegenüber dem Kapitalismus zu erklären ist. Es ist notwendig, etwas gegen diesen Rückschritt zu machen und ihn zu überwinden. Jede unserer Partein muß das innerhalb der Bedingungen, die in unserem Land herrschen, und entsprechend ihrer spezifischen Situation machen.

Aber wir wiederholen, das Problem beschränkt sich nicht auf Chila. Es berührt ganz Laginamerika und bewirkt Mutlosigkeit und' Desorientierung, Wir haben die Pflicht, etwas gegen diesen Rückschritt zu machen. Wir machen das -unter anderem- mit diesem Aufruf.der hoffentlich zukünftige Übereinstimmungen zwischen den Gruppen mit christlicher Orientierung, die sich für die Befreiung des Kontinents einsetzen, symbolisiert.

Wir meinen, daß es zur Bildung von Sonderkommandos von Menschen die sich an der Botschaft des Evangeliums orientieren und die in enger Einheit mit dem Rest des Volkes arbeiten, kommen muß.

Unsere Länder sind der Boden auf dem die christlichen Hoffnungen und die proletarischen Ziele sich gemeinsam entwickeln werden. Die neuen Kontingente von fortschrittlichen Christen werden eine bedeutsame Rolle spielen.

Die objektiven Bedingungen, die Erfahrungen der letzten Zeit weisen auf die Notwendi keit hin, zwischen ien Gruppen mit christlicher Orientierung und den politischen Organisationer anderer Orientierung -einschließlich der marxistischen- enge humanistische und kontinentale Koordinierungen zu entwickeln, die für alle die volle Verwirklichung ihrer schöpferischen Kräfte innerhalb der parteilichen, sozialen und staatlichen Realitäten neuen Typs sichern.

Dies ist das zentrale Ziel. Dies ist das Ziel der Gegenwart. Indem wir dieses Ziel erfüllen, bleiben wir unserer tiefston Chermon jung treu. Wir cufo. casu auf, es zu verteidigen.

Bernando Leighton duzman Rom 5. August 1974

Rafael A. Gumucio Vives

FOLTERBERICHT

Was schon in den 60er Jahren in Brasilien unter Anleitung von US-Instrukteuren praktiziert wurde, darunter leiden heute nahezu alle Völker des lateinamerikanischen Kontinents: Folter von politischen Gefangenen.

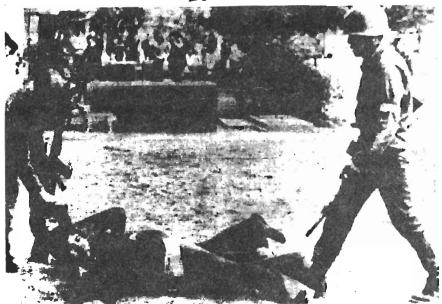
Chile kam unter der faschistischen Junta, also erst ziemlich spät, zu traurigem Ruhm und ist nun führend in der Brutalität

gegen politische Gefangene. Obwohl Folter in Chile also relativ neu ist, wird sie dort durchaus nicht zufällig und unorganisiert von ungeschickten Soldaten durchgeführt. Im Gegenteil: Die Folter ist systematisch und wirkungsvoll geplant und durchgeführt von Folterknechten, die von ihren brasilianischen, uruguayischen und argentimischen Komplizen gut ausgebildet worden sind. Es werden Methoden angewandt, die in anderen Ländern erprobt undals effektiv erachtet wurden.

Folter heute bedeutet wesentlich mehr als nur die Verni ch tung von Regimegegnern. Die Feststellungen über Folter auf dem 2. Bertrand Russel Lateinamerika Tribunal sind besonders zu-

treffend:

*Die gesammelten Dokumentationen und Zeugenaussagen zeigen, daß das ursprüngliche Ziel von Folterungen, Geständnisse bei Prozessen oder Informationen zu erzwingen, die zu willkürlichen Verhaftungen führen können-/schon überschritten wurde. Von einem Untersuchungsinstrument ist Folter zu einem zusätzlichen und mutwilligen Strafinstrument geworden.



Abgesehen von den Urteilen und Strafen dient Folter dazu, die demokratischen und revolutionären Kräfte zu neutralisieren, indem physischer Schmerz erzeugt und die Persönlichkeit zerstört wird. Durch die entstehenden Schuldgefühl e sollen Patrioten zu Verrätern werden.

Außer gegen die direkt Betroffenen wird Folter eingesetzt, um die Bevölkerung als Ganze einzuschüchtern und wieder in die Unterwürfigkeit einer entpolitisierten Gesellschaft zu-

rückzuwerfen...
Individuelle - kollektive, Physische - psychische, isolierteölfentliche Folterungen: sie sind ein Mittel der Regierungs-

gewalt geworden."
Die meisten von uns verstehen die Bedeutung von Folter sehr schwer. Anthony Lewis schreibt in einem Artikel vom 30. Mai in der New York Times: "Vielleicht finden wir die Realität so unerträglich; daß wir uns lieber abwenden, statt sie zu betrachten."

Neue Informationen aus Chile zum Thema Folter machen es erforderlich, daß wir nicht nur betrachten, sondern daß wir eine Kampagne initiieren, um dem ein Ende zu bereiten.

Folterungen von Frauen

Ein Dokument, welches aus Chile herausgeschmuggelt wurde, gibt Aufschluß über die Lage der weiblichen politischen Gefangenen im Santia goer Gefängnis "El Buen Pastor" (der gute Hirte). Das Dokument beinhaltet die Namen von 36 Frauen, unter denen solche bekannten Namen zu finden sind, wie die Historikerin Lucy Lorscht, ehemals Senatorin und die Arbeiterführe-

rin Amanda Altamiramo und die Schauspielerin Elsa Rudolphi. Wie bei anderen politischen Gefangenen in Chile liegt gegen die meisten Frauen keine Anklage vor, sie werden nicht verhört, es wurde ihnen kein Richter zugewiesen, ganz zu schweigen von Rechtsanwälten. Eine der Frauen, Viola Munoz, eine Soziologin und Spezialistin für Vorschulerziehung, die keine politischen Verbindungen hatte, wurde verhört und zu 20 Jahren verurteilt. Wenn sie verurteilt sind, werden die Gefangenen in Zellen überführt zusammen mit gewöhnlichen Kriminellen, und sie hören praktisch auf zu existieren, d.h. sie stehen nicht mehr auf der Liste der politischen Gefangenen. Einige junge Frauen. die aus Tejas Verdes, einem der grausamsten Konzentrationslager Chiles , gebracht wurden, hatten schreckliche Geschlechtskrankheitem, und mindestens 3 von ihnen waren schwanger. Da sie unzählige Male vergewaltigt worden waren, wußten sie natürlich nicht, wer sie geschwängert hatte. Verzweifelt forderten sie das Recht auf Abtreibung. aber als sie nach einem Arzt verlangten, wurde ein Ohrenspezialist zu ihnen geschickt, der ihnen erzählte, daß sie"stolz auf das sein sollten, was sie unmter ihrem Herzen trügen". Die Frauen, welche ins Buen Pastor Gefängnis kamen, sind den brutalsten Folterungen ausgesetzt gewesen. Einigen wurden lebende Mäuse und Insekten in die Vagina eingeführt. Viele kamen an. und ihr Haar war büschelweise ausgerissen, die Brustwarzen ausgerissen oder verbrannt, die Genitalien von Elektroschocks mighandelt.

Eine junge Frau erzählte, daß es zu den Vorschriften im "Buin Regiment" gehörte, zu vergewaltigen, ob die Soldaten wollten oder nicht. In einem anderen Folterlagen wurden ihnen die Augen verbunden, anschließend wurden sie massenhaft gefoltert, so daß sie nicht wußten, was geschah, wer gerade gefoltert oder vergewaltigt wurde.

Es wird berichtet, daß Gefangene in Jejas Verdes oft in ein Sammlungslager geschickt wurden, bevor sie in ein öffentliches Gefängnis zum Daueraufenthalt kamen oder zurückgeschickt wurden, um aufs neue gefoltert zu werden.

Das Dokument endet mit einem dringenden Apell an die Menschenrechte und einem Aufruf an die politischen Grganisationen, das Leben dieser und tausender anderer Männer und Frauen, die der Juntabarbarei in Chile ausgeliefert sind, zu retten.

Foltermethoden aus dem Church-Group Document

Ein Dokument, welches von einer kirchlichen Gruppe aus Chile zusammengestellt und vom Mexico City Excelsior veröffentlicht wurde, enthält sowohl Fälle von Folterungen an politischen Gefangenen als auch viele Morde mit dem Vorwand "Fluchtversuch" als Begründung. Unzählige Dokumente beweisen den Tod von Gefangenen während der Verhöre, die vom chilenischen Militär geführt wurden.

Zu den Foltermethoden gehören: Entfernen der Hoden, Eisbäder, Mißhandlung von Frauen, Ausreßen der Fingernägel, Aufhängen an Händen und Füßen, wobei ultraviolettes Licht gegen den Kopf gerichtet wird und der Fußboden darunter feucht oder naß ist, Elek troschocks an verschiedenen Stellen des Körpers, besonders am Anus und den Genitalien, Verhinden der Augen oder Verhüllen des Kopfes, Verbrennungen mit Säure oder Zigaretten, Untertauchen in Petroleum oder Wasser, Auspeitschen, ungesunde und verseuchte Zellen, Zwang zur Beobachtung und Teilnahme bei sexuellen Mißhandlungen, Niederschlagen und Umherstoßen auf Felsen, Teilnahme an Folterungen, Essen von Exkrementen, Folterungen auf der Folterbank, Aufhängen am Hals, Entzug des

Wassers für 1 Noche, gezielte Armbrüche, Herumtreiben von Menschen, denen die Augen verbunden wurden, Einstechen von Nadeln unter die Fingernägel, in nacktem Zustand der Sonne Aussetzen. Psychische Folterungen beinhalten Drohangen gegan den Gefangenen und seine Familde, simulierte Hinrichtungen (Exekution) Vergewaltigungen, etc.

Eine beachtliche Zahl von Dokumenten beweisen, daß die Gefangenen, bevor sie freigelassen wurden, gezwungen wurden, ein Papier zu unterzeiwhnen, in dem sie erklärten, daß sie gut behandelt worden seien. Bei einigen Gelegenheiten gingen dem andere Aktionen voraus, so wie Hypnosen und Druhungen gegen den Gefangenen und seine Familie. um sich des Schweigens der ge-

folterten Person zu versichern. Das Dokument enthält eine Liste von Hunderten von Internierungslagern in ganz Chile. Die meisten sind in Armee- MarineundLuftwaffenstationen, Polizeihauptquartieren und Zuchthäusern. Es wurden auch andere Plätze zu Gefängnissen umgewandelt. so z.B. Schulen, Fußballstadien und einige Schiffe. Konzentrationslager wurden eingerichtet in Chacabuco, Pasagna, Isla Diesco, Isla Quirivina, Isla Dawson. Viele Gefangene starben aufgrund folgender Folterungen: Entfernen der Hoden, Erstickungen, Eisbäder, Elektroschocks, Schädelbruch. Einige sind auch an Blutverlust gestorben. Zwei Leichen von Gefangenen wurden

verbrannt, bevor sie identifiziert waren , d.h. also ohne Einwilligung der Familie. Eine andere Leiche wurde gefunden mit einem fehlenden Bein und eine andere mit vällig verbrannter Haut. Eine andere konnte nicht bekleidet werden, da sie durch

Folterungen völlig verstümmelt war.

Gefangene, welche die ersten 2 Monate des Putsches überlebten, wurden mit folgenden Verletzungen gefunden: Lungenödem, ausgekugelte Schultern, verbrannte Hände, Blutergüsse am Oberkörper, Lahmheit, gebrochene Kiefer, unbewegliche Arme, durchetechene Beine, zerquetschte Rücken, psychische Verwirrung, epileptische Anfälle, ernste Störungen der motorischen Aktivität.. neurotische Störungen. Erst später zeigten sich noch andere Folgen der Folter, die intensiver psychiatrischer Behandlung bedürfen: Schlaflosigkeit, Kopf-und Augenschmerzen, Gedächtnisschwund, wiederholte Fälle von Mißgeburten, wobei das Neugeborene meist mit Mängeln auf die Welt kam: gebrochene Rippen, innere Verletzungen und Gepurtstrauma, Gehirntrauma, verformte Rippen, gebrochenes Becken, gequetschte Füße.

Das Dokument beschreibt den Fall eines 16-jährigen Jungen, der 15 Tage in einer Kiste eingeschlossen war, die ein Loch hatte, durch welches das Essen hereingereicht wurde, und den Fall eines 15-jährigen Mädchens, welches nackt sein mußte und über und über mit menschlichen Exkrementen beschmiert war.

Das Dokument bestätigte ebenfalls, daß die Hauptstörungen, unter welchen die weiblichen politischen Gefangenen zu leiden haben, psychischer Natur sing. Einige, die entlassen worden sind, mußten sich einer psychiatrischen Behandlung unterziehen. Eine von ihnen zeigte so ernste Störungen, daß zu befürchten steht,

daß sie nicht wieder gut zu machen sind. Das Dokument zählt auch viele Frauen aus einem Santiagoer Ge-

Fängnis auf, die ernste pathologische Störungen haben als Ergebnis der Folter. Alle wurden schwanger während der Haft.

(aus Usla - Reporter, Juli 1974)

LISTE EINIGER GEFÄNGNISSE, LAGER ETC. IN CHILE

- h) Penitenciaria de Santiago (Zuchthaus für Schwerverbrecher und . und Abgeurteilte, von der Junta auch für politische Gefangene gebraucht)
- Carcel Pública de Santiago (Gefängnis in der Nähe des Zivilpolizei-Hauptquartiers; früher nur für Kriminelle, jetzt auch für politische Häftlinge)
- Casa Correccional de Mujeres (auch "Buen Pastor" genannt; grosses Frauengefängnis, von Nonnen dirigiert, aber es wird auch gefoltert)
- (Ein Sportstadion unter Dach, 4) Estadio Chile früher für Basketball etc., auch politische Versammlungen und Konzerte gebraucht; am 11.9.73 von Militärs übernommen; Folterkammern und Exekutionsplätze eingerichtet. Sehr gefährlich)
- (Militärakademie. Wurde und wird 5) Escuela Militar vielleicht noch als Gefangenenlager gebraucht. Es wird gefoltert und auch gemordet. Gefährlich)
- (Militärkaserne. Gefährlich) Regimiento Buin
- (Militärkaserne. Gefährlich) Regimiento Tacna
- Regimiento de Telecomunica (Militärkaserne)
- (Militärkaserne) Regimiento de Blindados
- 10) Academia Politécnica de Aviación (Hochschule für Luftwaffe-offiziere. Sehr gefährlich)
- 11) Base Aérea El Bosque (Stützpunkt der Luftwaffe. Eines der berüchtigten Folterzentren. Höchst gefährlich)
- 12) Academia de Guerra de la Fuerza Aérea de Chile (Stabshochschule der Luftwaffe, in der Avenida Las Condes. Folterzentrum. Höchst gefährlich)
- 13) Base de la Armada Nacional (Kommunikationszentrum der Marine. Santiago Quinta Normal)
- 14) Ministerio de Defensa Nacional (Der Keller des Verteidigungsministeriums. Folterkammern Höchst gefährlich)
- 15) Comisarias de Carabineros de Santiago (Kollektiv-Bezeichnung der Polizeiwachen der Stadt Santiago. Manche sind gefährlicher als andere, es liegt am Kommandant.)
- 16). Subterrâneo de la Plaza de la Constitución (Keller und unterirdische Garage für Polizeiautos, vor der Moneda. Berüchtigt als Folterkammer und Hinrichtungsplatz in den ersten Wochen nach dem Putsch)
- (Uns nicht bekannt) 17) Calle Londeres No. 38
- 18) Calle Agustinas No. 632 (Höchst gefährlich, nur als Folterkammer benutzt)
- 19) Cuartel Central de Investigaciones (Hauptquartier der Zivilpolizei, calle General Mackenna. Folterkammern im Keller. Gefährlich)



IN JEDEM STADTTEIL gibt es weitere "Cuarteles de Investigaciones", deren Gefährlichkeit vom Kommandanten abhängig ist. Einige welche als provisorisches Gefähgnis und/oder Folterplatz benutzt werden:die Cuarteles de Investigaciones von Nunca, Quinta Normal, Buin, Renca, Barrancas. Paine und Puente Alte.

- 20) Carcel del Depto. de San Antonio (Kerker der Hafenstadt San Antonio, Provinz Santiago. Gefährlich, es haben Foltern und Exekutionen stattgefunden).
- 21) Unidad de Investigaciones de Melipilla (Polizei der Kleinstadt Melipilla bei Santiago)
- 22) Unidad de Investigaciones de Talagante (Polizei der Kleinstadt Talagante bei Santiago)
- 23) Regimiento de Tejas Verdes (Kaserne in Tejas Verdes, Santo Domingo, Küste der Provinz Santiago. AUSSCHLIESS-LICH FOLTERZENTRUM, höchste Gefahr, da ausländische Spezialisten (Brasilien und USA) die "Verhöre" dirigieren.) Polterzentrum der DINA
- 24) Regimiento de Bucalemu, Santo Domingo (Kaserne an der Küste der Provinz Santiago. Näheres unbekannt)
- 25) Regimiento de Ferrocarrileros de Puento Alto (Militärkaserne in der Kleinstadt Puente Alto bei Santiago. HÖCHSTE GEFAHR, Kommandant des Regiments, Mateo Durruty, bekannt als Sadist.)
- 26) Escuela de Infantería de San Bernardo (Ausbildungszentrum für Unteroffiziere der Infanterie im Vorort San Bernardo bei Santiago. Als Gefängnis gebraucht, Näheres unbekannt)
- 27) Base de Paracaidistas de Colina (Regiment der Fallschirmjäger in Colina bei Santiago. HÖCHSTE GEFAHR, Folterkammern Dutzende von Erschiessungen).

Diese unvollständige Liste bezieht sich nur auf die Provinz Santiago. Ausserdem werden alle Militäreinheiten, Kasernen, Kerker der Provinzstädte, Stützpunkte der Marine und Luftwaffe-und Polizei-einheiten in den Provinzen als Gefängnisse,ggf. als Folter- und Exekutionsplätze gebraucht.

Die grossen Gefangenenlager sind: CHACABUCO in der Wüste bei Antofagasta. Mehrere Tausend Inhaftierte, die meisten ohne Prozess oder klare Motive. Folterungen und Exekutionen.

QUIRIQUINA, eine Insel in der Nähe von Concepción.

ISLA DAWSON, im Süden (nicht nur für frühere Minister etc. sondern auch für politische Häftlinge aus den Süd provinzen)

Ein Todeslager soll zur Zeit in der Wüste der Provinz Atacama gebaut werden, unter Beirat des WALTER RAUFF, notorischer Mörder aus der Nazizeit, seit 1948 in Chile, Auslieferung seitens der deutschen Behörden in 1962 beantragt, von der damaligen chilenischen Regierung nicht genehmigt da Verbrechen angeblich"verjährt". RAUFF ist jetzt in der neuen Geheimpolizei der Junta (DINA) tätig.

Aus: Chile-Informationen, Dokumentation 1.7.74, Herausgeber: Chile Hilfe für politisch Verfolgte e.V. Bonn

DIE MILITÄRJUNTA UND DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Der Militärputsch vom 11. September war hauptsächlich dazu bestimmt, das Voranschreiten der Arbeiterklasse zum Sozialismus zu stoppen. Die Arbeiterklasse war aus diesem Grunde das erste Ziel der faschistischen Repression, die durch das Militär ausgebist worden ist.

Der Charakter des Putsches und der Repression, sowie das Ausmaß, das diese angenommen hat, erklären sich nur durch den hohen Bewußtseinsgrad der chilenischen Arbeiterklasse, seinerseits Ergebnis einer breiten Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihrer
Kämpfe für ihre Interessen.

Von Anfang an hat die organisierte Arbeiterbewegung für die Eroberung ihrer Freiheiten und Rechte bis hin zu ihrer Bestätigung
durch die politische Staatsverfassung gekämpft, die bis zum 1c.
September 1973 in Chile gültig war. Die ersten Demonstrationen
fanden in Jahre 1862 bei den Sociedades Mutales von Santiago und
Valparaiso und später bei den Zweckverbänden der Salpeterarbeiter
im nördlichen Teil des Landes statt. Die Arbeiterföderation Chiles (FOCH), 1919 gegründet, die Arbeiterzentrale Chiles (CTCH),
1936 entstanden, und schließlich der zentrale Gewerkschaftsverband (CUT), 1953 geschaffen, gaben der ganzen chilenischen Arbeiterbewegung Einheit und Organisation.

Im Kampf für ihre Interessen hat die Arbeiterklasse unter anderem folgende Rechte und Freiheiten erobert:

1. Das Recht auf Arbeit und freie Wahl des Arbeitsplatzes.

2. Das Recht, sich frei und unabhängig zu organisieren.
3. Das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sowohl am eigenen Arbeitsplatz als auch bei dem entsprechenden Industrie-zweig; alle Aktivitäten durchführen zu können, die ihre Organisierung, Arbeit und gewerkschaftliche Freiheit erfordern (z.B. das Recht, beschlußfähige gewerkschaftliche Versammlungen durchzuführen, das Recht, durch diese ihre Interessen zu vermitteln.

4. Das Recht, demokratisch ihre leitenden Organe und Vertreter

in freier und geheimer Wahl zu wählen.

5. Das Recht auf einen ausreichenden Lohn, der dem Arbeiter und seiner Familie einen angemessenen Wohlstand gemäß seiner menschlichen Würde und eine gerechte Anteilnahme an dem Ergebnis sichert, welches aus seiner eigenen Tätigkeit entspringt.
6. Das Streikrecht.

Die politische Staatsverfassung hat diese Rechte und Freiheiten der Arbeiter als "soziale Rechte" bestätigt.

Die gewerkschaftliche Bewegung konsolidierte langsam ihre Positionen in diesen Bereichen, wobei sie häufig vom einfachen Lohnkampf ausging, um die Rechte und politischen Freiheiten zu behaupten, die fast immer durch das Blut der Arbeiter erobert worden waren.

Mit der Regierungsübernahme des Präsidenten Salvad or Allende und der UP - eine andere große Eroberung der chilenischen Arbeiter - vermehrten sich ihre Freiheiten und Rechte und erreichten ihren höchsten Entwicklungsgrad. Zum ersten Mal beteiligten sich die Arbeiter direkt an Regierungsfragen, ohne dabei die Unabhängigkeit ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu verlieren; zum ersten Mal erreichten sie, selbst über ihre Lohnproblemgtik zu diskutieren, vor allem bezüglich des Lohn-und Gehaltsaus - gleichs; zum ersten Mal hatten die Arbeiter eine aktive Anteilnahme an dem Veränderungsprozeß der ökonomischen und sozialen Struktur des Landes, an der Verstaatlichung des Kupfers, an der Agrarreform und an der Eliminierung der Monopole. Es war auch die Regierung von Salvador Allende, die durch die Annahme des Gesetzes Nr. 17.594 der CUT und anderen gewerkschaftlichen Organisationen den Status einer juristischen Person zuerkannt hat.

DIE GEWERKSCHAFTLICHE POLITIK DER JUNTA *)

Seit der Machtübernahme am 11. September 1973 mißachtet die Militärjunta die grudlegendsten Menschenrechte und zivilen Freiheiten; zugleich hat sie die wirtschaftlich-sozialen Rechte und die gewerkschaftlichen Freiheiten der chilenischen Arbeiter unterdrückt.

Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen sind zum ersten Ziel der Repression geworden. Von der Verfolgung der Gewerkschaftsführer ging man schnell zur Auflösung der CUT und der anderen bis zum 10.9.73 bestehenden Arbeiterorganisationen über. Als die "allgemeinePolitik" der Junta in Gang gesetzt wurde, fing eine heue Form des Syndikalismus an, der an die Kapitalistenklasse, die das Land durch das Militär regiert, gebunden und ihr verpflichtet ist. Das ist der sog. "gelbe Syndikalismus", der sich in seinen Anfängen befindet.

Aber die organisierte Arbeiterbewegung, bewußt ihrer Rolle als Klasse, ist nicht verschwunden. Sie hat lediglich neue und schon in ihrer Existenz erprobte Formen gesucht. Sie ist im chilenischen Untergrund sowie im Ausland anwesend und entwickelt sich und kämpft gegen die Militärdiktatur. Sie ist eine der stärksten

Stützen des Widerstands.

A. Das Fehlen von gewerkschaftlicher Freiheit.

Die Menschanrechte und hauptsächlichen öffentlichen Freiheiten, die jetzt abgeschafft sind, waren durch die bis zum 10. Sept. geltende Verfassung sanktioniert (nicht als ein Produkt von Konzessionen der Bourgeoisie, sondern als eroberte Rechte der Arbeiterklasse in jahrelangen Kämpfen, die zum Siege führten), mit unterschiedlicher Breite und Tiefe von vornherein anerkannt und öffentlich wirksam.

Heute existieren nicht mehr in Chile:

1. Die Versammlungsfreiheit

2. Die Meinungs- und Außerungsfreiheit

3. Das Assoziationsrecht

4. Das Wohnrecht und die Bewegungsfreiheit.

Es gibt daher keine gewerkschaftliche Freiheit. Das Fehlen von gewerkschaftlicher Fr eiheiterlaubt der chilenischen Arbeiterbewegung nicht, von ihren gewerkschaftlichen Rechten Gebrauch zu machen, und hindert sie daran, mit den traditionellen und allgemeinen Methoden für die Eroberung derselben zu kämpfen.

^{*)} Hauptquelle der Punkte A, B, und C ist das Dokument der CUT für die Internationale Arbeitsgorganisation (OIT), Santiago, Januar 1974.

1. In Chile gibt es keine Versammlungsfreihett

Als Folge des Ausnahmezustands, des inneren Kriegszustands und der Ausgangssperre wurden die öffentlichen und privaten gewerkschaftlichen Versammlungen verboten (Dekret Nr. 3 und 5, Erlaß Nr. 14)

Es werden nur Versammlungen informativen Charakters genehmigt, für die jedoch 2 Tage vor ihrem Beginn der nächsten Polizeidienststelle ein geschriebener Bericht mit genauer Darstellung des zu behandelnden Themas vorgelegt werden muß. Diesen informativen Versammlungen wohnt ein Polizist bei, der darauf achten muß, daß über politische Themen nicht diskutiert wird.

2. In Chile gibt es keine Meinungs-und Äußerungsfreiheit,

die wesentlich sind für die normale Entwicklung der Gewerkschaften.

3. In Chile gibt es kein Assoziationsrecht,

Grundlage der gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechted. Das hat zur Folge, daß

a) es unmöglich ist, gewerkschaftlich Organisationen zu gründen

oder sich in ihnen zu organisieren,

- b) das freie Funktionieren der Gewerkschaften und die ihnen entsprechende Aufgabenerfüllung unmöglich ist.: Statutenredaktion, Verwaltungs- und Aktionsorganisierung, Formulierung ihrer Aktionsprogramme und freie Wahl ihrer Direktive (Erlaß Nr. 28 V17. Dezember 1973). Dieser Erlaß verbietet jede Art von Versammlungen: gewerkschaftliche, gremiale, politische, studentische. Außerdem wird die Gültigkeit der Mandate der Gewerkschaftsführer, die im Amt sind, ins Unendliche verlängert. Die unbesetzten Stellen werden automatisch und unwiderruflich von den ältesten Arbeitern der entsprechenden Industriezweige oder Arbeitsstellen besetzt. Dieser Erlaß ist gültig seit September bis heute.
- c) es unmöglich ist, freie Föderationen zu gründen oder in sie einzutreten.
- d) die Garantie der nicht administrativen Auflösung durch den Staat kontinuierlich verletzt worden ist. Gewerkschaften oder Föderationen mit dem Status juristischer Personen wurden durch verschiedene militärische Dekrete aufgelöst. (Es gab Momente, in denen die Presse des Militärs die massive Auflösung der Gewerkschaften und ihre Eliminierung im ganzen Land täglich ankündigte. Der konkreteste Fall ist der der CUT selbst!)
- 4. In Chile gibt es keine Bewegungsfreiheit und kein Wohnrecht.

Es finden präventive Festnahmen sowie Versetzungen der Gewerkschaftsführer statt.

5. Unterdrückung anderer spezifischer Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen.

Zur Unterdrückung der obengenannten Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen kommt die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Freiheit und noch einiger spezifischer Rechte hinzu, so v.a das Recht auf Arbeit, das Recht auf gerechte Entlohnung und das Streikrecht.

Das Dekret Nr. 32 vom 21. Sept. 1973, das neue Entlassungsgründe schafft, bestimmt es so: "Der Arbeitsvertrag wird ungültig, wenn man illegale Aktivitäten oder Arbeitsniederlegungen angezettelt hat, seien es allgemeine oder partielle, im unternehmens- oder Dienstleistungssektor, oder wenn man Gewaltakte innerhalb der Unternehmen oder Arbeitsstellen, oder das unerlaubte Fernhalten von Personen von der Arbeit oder die Minbehaltung von Gütern durchgeführt hat."
"Zusammenfassend hat man offen die Vereinbarungen der Abmachungen der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT) verletzt, so bezüglich des Mutterschutzes, der Diskriminierung der Arbeit und Arbeitslosigkeit. Chile ist jedoch zur Erfüllung dieser Maßnahmen verpflichtet, weil es sie ratifiziert hat."

B. Die Auflösung der CVT

Der zentrale Gewerkschaftsverband CUT 1), das größte und einzige Organ der chilenischen Arbeiter, wurde wurde auf administrativem Wege aufgelöst, d.h. er wurde am 25. Sept. 1973 für illegal erklärt, während das Dekret, das dies bestimmt (Nr. 133), erst am 20. Nov. 1975 im Regierungsanzeiger veröffentlicht wurde. Durch das Dekret Nr. 12 wird der CUT der Status einer jurist ischen Person aberkannt, und außerdem wird " jede Organisation und jede Propaganda, sei sie schriftlich oder mündlich, oder irgend ein anderes Mittel, das direkt oder indirekt ihr Funktionieren offenbart", verboten. (El Mercurio vom 27. Sept. 1973) CUT ist heute ein verbotenes Wort in Chile. Nachdem wir das Fehlen der allgemeinen Henschaftrechte und der spezifischen gewerkschaftlichen Rechte analysiert haben, ist es einfach, die Ursachen der Auflösung der CUT zu bestimmen, sogar ohne dabei die politische Rolle, die sie spielen könnte, zu berücksichtigen. In ihrer eigenen Definition findet man einige der Gründe:

- 1. Die CUT wurde zur Verteidigung der wirtschaftlich-sozialen Rechte der Arbeiter gegründet.
- 2. Sie ist eine Organisation, frei von politischer Bevormundung, sei es durch Unternehmer, Regierung oder Parteien.
- Sie ist eine einheitliche Organisation und ist auch die größte und breiteste (siehe Grundsatzerklärung).
- 4. Sie ist vor allem demokratisch und repräsentativ. Von 130 Pöderationen und Konföderationen, die in der Abteilung für Organisation und Statistik der CUT registriert waren, funktionieren noch mit den obengenannten Beschränkungen 25 % von ih nen. Der größte Teil ist verschwunden. (Ein Beispiel: die zentrale Arbeitergewerkschaft für Erztehung, SUTE, die zweitwichtigste innerhalb der CUT mit 12000 Mitgliedern, wurde durch das Dekret Nr. 82 unterbrochen; ohne sie aufzulösen macht man ihr Funktionieren unmöglich durch Einfrieren ihrer Finanzen. aus: Dokument der CUT an die OIT.)

¹⁾ Die CUT wurde im Februar 1953 gegründet. In ihrer Grundsatzerklärung heißt es, daß sie zum vordringlichsten Ziel habe, "alle Arbeiter der Stadt und des Landes, ohne Unterschied des politischer und religiösen Glaubens, der Nationalität, der Hautfarbe und des Geschlechts für den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, bis zur Erreichung des integralen Sozialismus zu organisieren." Die CUT vereinigte 1972 mehr als 1 Kill. ihr angeschlossene Werktätige (40 % der Beschäftigten und 90 % der gewerkschaftlich organisierten).

a) Das Recht auf Arbeit: Drei grundsätzliche repressive Maßnahmen veranschaulichen das:

- die Entlassungen:

Vom 11. Sept. an erklärte man das gesamte Dienstpersonal, die Institutionen und Staatsunternehmen als "Interinos".

(Dekret Nr. 6, veröffentlicht im Regierungsanzeiger vom 19. Sept.1973) Diese Maßnahmen beinhalten den Verlust der Unbeweglichkeit des öffentlichen Dienstpersonals. Es werden Beamte entlassen, denen "Übertreibung an politischer Betätigung bei der Ausführung ihres Amtes", "Mangel an Eignung"für ihre Ämter und "Vertrauensbruch" vorgeworfen wird. Im privaten Sektor wird den Unternehmern zugebilligt, auf dieselbe Art und Weise gegen die Arbeiter vorzugehen. Der bloße unbegründete Vorwurf des "Extremismus" oder der "Agitation" reicht den Bossen aus, um Arbeiter und Beamte aufdie Straße zu werfen. (Erlaß Nr. 36, 18. Sept. 1973)

- Arbeitseinstellungen: Sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Sektor wird von Arbeitseinstellungen Gebrauch gemacht (d.h. unbestimmte Zeit der Trennung von der Arbeit, vor allem für die Führer). Im allgemeinen folgt auf die Arbeitseinstellung die Ent-

lassung. - Wiedereinstellungen:

Man entläßt eine Gruppe von Arbeitern und stellt sie wieder mit niedrigeren Löhnen ein, als sie früher bekommen haben.

b) Das Recht auf eine gerechte Entlohnung: Mit der Unterdrückung des Rechtes auf einen allgemeinen Arbeitsvertrag, d.h. das Recht, eine gerechte Entlohnung zu verlangen, wurden die COMISIONES TRIPARTITAS DE REMUNERACIONES. Aie COMISION CENTRAL MIXTA DE SUELDOS und die JUNTAS DE CON-CILIACION abgeschafft. (Erlaß Nr. 36, 18. Sept. 1973) Wörtlich heißt es: " Solange die dringenden Untersuchungen über die Entlohnungspolitik noch nicht beendet sind, werden vorläu fig alle Forderungsanträge und ihre Durchführung sowie bestehende Konflikte jeder Art zurückgestellt. Die Wirkungen der Vertragsklauseln müssen als aufgehoben verstanden werden, soweit es sich um allgemeine Verträge, richterliche Entscheidungen und Beschlüsse der COMISIONES TRIPARTITAS VIGENTES handelt." Das Dekret Nr. 43 besagt seinerseits: "Es werden vorläufig alle automatisch stattfindenden minimalen Lohnausgleichszahlungen abgeschafft, wie z.B. der minimale Arbeitslohn (...), die Rentenausgleichszahlungen und ihre Bewertung sowie sie in der Verfassung verankert sind." Es ist offensichtlich, daß diese vorläufigen Aufhebungen zur st ändigen Einrichtung der Militärjunta geworden sind. Andererseits - obwohl sie per Dekret noch nicht eingestellt worden sind - sind in vielen Fällen folgende Rechte unwirksam geworden: Arbeitslosenunterstützung, Renten, Pensionieraung, Schwangerschaftsgelder, Unterstützung des Arbeiters wäh rend einer Inhaftierung.

Mit der Unterdrückung der oben genannten Rechte und der allgemeinen repressiven Lage wurde das Streikrecht abgeschafft.
Die von Beginn des Putsches an gemachten Erfahrungen zeigen,
wie sich die Repression (Verhaftungen, Militärgerichte, Gefängnis) gegn diejenigen durchsetzt, die vom bis
zum 10 Sept. bestehenden und jetzt beseitigten Recht Gebrauch

machten.

Die CUT scheint verschwunden zu sein. Dies stimmt in gewisser Weise in Bezug auf die Struktur, die sie bis zum 11. Sept. 1973 gehabt hat. Jedoch existiert sie im Untergrund weiter.

C. Die ökonomische Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung:

Die durch die Arbeiter während der UP-Regierung erreichte sozioökonomische Situation ist durch die ökonomische Politik der Junta im Dienste des Monopolkapitals schwer verletzt worden. Einige Aspekte:

a) Zuwachs an Arbeitslosig keit:

1. Die Arbeitslosigkeit seit dem 11. Sept. 1972 wird aufgrund von willkürlichen Entlassungen, Arbeitseinstellungen, Verhaftungen und Racheakten der Unternehmer verursacht. Das Dekret Nr. 32 vom 21. Sept. 1973 (veröffentlicht im Regierungsanzeiger vom 4. Okt.), das rückwirkend seit dem 11. Sept. wirksam ist. erweiterte in beträchtlicher Weise die Möglichkeit der Unternehmer, Arbeiter zu entlassen. Es wurden neue Gründe für Vertragsauflösungen bestimmt: Durchführung unerlaubter Aktionen, die die Arbeiter hindern, ihre Ar beitsstelle zu erreichen oder ihren Verpflichtungen nachzukommen; gegen den Betrieb etwas zu unternehmen; Streiks oder Gewaltaktionen zu leiten oder geleitet zu haben; Waffen einzuschmuggeln. Gleichzeitig herrscht noch der willkürliche Brauch von Vereinbarungen über kollektive Entlassungen. In diesen Fällen werden nicht die Arbeitsgesetze hinzugezogen. wie sie in der Rechtssprechung festgelegt sind. Die CUT hat aus dem Untergrund im Februar einen Bericht abgefast, in dem die Existenz von mehr als 400000 Arbeitslosen in Chile (tschechische Nachrichtenagentur CETEKA, 20. Feb. 1974) angegeben wird. Am 20. Feb. 1974 hat der General Augusto Pinochet, Chef der Militärjunta, gezwungen durch die realen Verhältnisse, in einer Rede vor Frauen von Minenarbeitern aus El Teniente in Rancagua, diesen Zuwachs an Arbeitslosigkeit eingestanden. (Nebenbei hat er damit dem Nationalen Institut für Statistik - von jetzt an von der Junta kontrolliert- die Autorität abgesprochen, denn es hatte Anfang Februar in der Zeitschrift "Quepasa" (8. Feb.) einen betrügerischen Bericht über die Abnahme der Arbeitslosigkeit veröffentlicht Das Dekret Nr. 32 hat außerdem besondere Gerichtshöfe für die Behandlung von Entlassungen geschaffen. In jedem Department wurde einer dieser Gerichtshöfe institutionalisiert, bei dem das Militär und die von ihm anerkannten Behörden vertreten 🦈 sind.

8. Das Ausmaß der willkürlichen Entlassungen erreichte einen so extremen Grad., daß die 5 Gerichtshöfe, die in der Provinz Santiago existierten, auf 10 erhöht werden mußten, weil " jeder von ihnen einen Prozentsatz von 600 täglichen Fällen " zu bearbeiten hatte. (Magistrat Virgilio Gameratte vom Arbeitsgerichtshof, El Mercurio vom 5.Dez. 1973) Das erlaubtuns die Schlußfolgerung, daß wenn jeder Gerichtshof, und das nur in der Provinz Santiagos - täglich 600 Fälle bearbeiten hatte, 3000 Arbeiter täglich seit dem Putsch entlassen worden sind. Hierzu muß man alle Arbeiter hinzuzählen, die aus Amgst vor der Repression nicht zu diesen Gerichthöfen gingen.

b) Abnahme des realer Arbeitslohns:
Dieser wurde in Wirklichkeit gesenkt, da die Preise der wesentlichen Produkt in wesentlicheschnellerem Tempo anstiegen als die Löhne und Gehälter.
Im November 1973, nach den enormen Preisanstiegen vom Oktober, vervielfachten sich die Preise der Nahlrungsmittel um das 17-fache, yerglichen mit dem Durchschnitt des Jahres 1972. 4 Monate später – im März 1974 – betrug die Preissteigerung das 34-fache. Während die Preise der Produkte in sechs Monaten diese obengenunntenZunahme erreichten, vervielfachten sich die Löhne und Gehälter in der gleichen Zeit kaum um das 5-fache.
Auf diese Weise wurden sogar die niedrigsten Löhne um 60% gesenkt, verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1960 und 1969 – vor der Unidad Popular –, während die Löhne, die zweifach und sogar zehnfach über den Minimallöhnen liegen – ver-

"1968 erhielten 85 % der Familien einen Familienlohn, der niedriger als vier Minimallöhne war, und ungefähr 60 % von ihnen ein Einkommen, das niedriger war als zwei Minimallöhne. In bezug auf die Senkung des Realeinkommens für die Mittel- und Unterschiehten stünden im März 1974 85 % der Bevölkerung unter dem Minimallohn, während fast 60 % der Familien, die unter die Kategorie 0 - 2 Minimallöhne fallen, in Hungersnot und extremer Armut leben müssen." (Michel Cussudovsky: "Hacia el nuevo modelo económico chileno". Inflación y redistribución äel ingreso 1973-1974. Pontífica Universidad Católica del Perú, Mai 1974).

glichen mit demselben Zeitabschnitt - um 75 % gesunken sind.

- c) Verlängerung der Arbeitszeit:
 Als ein Produkt der Durchsetzung eines ausbeuterischen Modells
 der Arbeitswoche festgelegt: Montag bis Samstag 48 Stunden sowohl im öffentlichen als
 auch im privaten Sektor (Dekret Nr. 35, 25. September 1973:
 "Die Durchführung des Arbeitstags, der durch das folgende Dekret
 bestimmt wird, ist ein wesentlicher Beitrag zum nationalen Wiederaufbau, ohne das Recht auf Bezahlung von Mehrarbeit"). Im
 Januar, bei Beibehaltung der 48-Stunden-Woche (seit dem Futsch
 vom 44 auf 48 Stunden erhöht), wurde die Arbeitswoche zwar von
 Montag bis Freitag beschränkt, was aber bedeutete, daß täglich
 48 Minuten mehr gearbeitet werden mußte. Schließlich, im gleichen
 Monat, hat die Junta die 44 Stunden-Woche wieder einführen müssen und somit die im September festgelegten zusätzlichen 4 Stunden eliminiert.
- D. Politische Repression der Gewerkschaftsbewegung:
- a) Unsicherheit der Arbeit
 Die ständige Verfolgung seit dem 11. September 1973 bringt mit
 sich, daß der Arbeiter keinen sicheren Arbeitsplatz hat. Die
 Entlassungen aus politischen Gründen weiteten sich mit dem Erlaß
 Nr. 36 vom 18. September aus. ("... geführliche Elemente wie
 Extremisten, Saboteure, Verbrecher oder Personen, die als Aktivisten und Agitatoren bekannt sind, müssen aus ihrer Arbeitsstelle entfernt werden; ihre Arbeitsverträge müssen nach den von
 der Junta festgelegten legalen Methoden gekündigt werden").
 Dieses Dekret erlaubt dem Unternehmer, denen zu kündigen, denen
 er unter einem bestimmten Vorwand kündigen will. Nicht einmal
 die von der Junta eingesetzten "gelben Führer" wagen es, "vor
 der Justiz die Nichterfüllung der Verträge seitens der Unternehmer zu reklamieren ..., aus Angst, von den Unternehmern
 selbst entlassen zu werden". (Zeitschrift "Que pasa", 3. Mai 1974)

EINEN STUNDENLOHN FÜR CHILE SPENDET FÜR DEN SIEG DER CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE

Pschk. Berlin-West, E.Kohut, Nr.380 087-108 Kennwort: Hilfe für Chile

- b) Polizeiliche Kontrolle der Betriebe: Hinzu kommt die strikte polizeiliche oder militärische Kontrolle der Mehrzahl der Betriebe, durch die ständig auf die Arbeiter physisch und psychisch Druck ausgeübt wird. Das Militär ist zum bewaffneten Gendarm der Interessen des Kapitals geworden.
- c) Verfolgung, Inhaftierung und Verschwinden von Gewerkschaftsführern:

Als auf ihre Köpfe Preise ausgesetzt wurden und eine schreckliche Verfolgung gegen sie eingeleitet wurde (Hausdurchsuchungen und dergleichen), mußten die Gewerkschaftsführer ins Asyl oder in den Untergrund gehen. Mehrere von ihnen konnten weder das eine noch das andere tun und sind ein Opfer der Repression geworden.

Situation der Führer der CUT:

1. Luis Figueroa Mazuela, Präsident und 2. Rolando Calderón, Generalsekretär.

Sie wurden durch die Erlässe Nr. 10 und 19 vom 11. und 12. September 1973 aufgefordert, sich freiwillig beim Verteidigungsministeium zu melden. Auf Grund der Gefahr, die für ihr Leben und die m mit ihnen in Verbindung stehenden Personen bestand, suchten sie Asyl bei der Schwedischen Botschaft (dort wurde Calderon das Opfer eines Attentats, er bekam einen Stirnschuß, konnte aber gerettet werden).

3. Ernesto Vogel, erster Vizepräsident der CUT. Sein Haus wurde mehrmals durchsucht. Wege seiner Mitgliedschaft in der Christdemokratischen Partei ist er nicht verhaftet worden.

4. Eduardo Rojas, 2. Vizepräsident der CUT. Asyliert, konnte ausreisen.

5. Luiz Guzman, Finanzsekretär der CUT. Asyliert in der Argentinischen Botschaft, konnte ausreisen.

6. Fidelma Allende, Sekretärin für internationale Beziehungen der CUT. Asyliert in der finnischen Botschaft.

- 7. Jorge Godoy, Mitglied des Nationalrats der CUT.Er wurde am 11. Septemver 1973 im Arbeitsministerium festgenommen und wurde danach ins Nationalstadium gebracht (bis zum 12.0ktober). Danach Hausarrest, fand dann Asyl bei der Schwedischen Botschaft. 8. Roberto Prieto, Sekrtär bei CPUSTAL. Bis Mitte Oktober im Nationalstaium in Haft gewesen, dann Asyl in der Schwedischen Botschaft.
- 9. Benedicto Cerqueira de Silva, Sekretär bei CUPSTAL. Asyliert bei der Botschaft von Panama.
- 10. David Miranda, Nationalsekretär der nationalen Bergarbeiterföderation. Erwurde mit 15 anderen Führern des industriellen Syndikats von Chuguteamata erschossen.

Erschossene Gewerkschaftsführer:
1. Luis Roja Valenzuela, Gemeralsekretär der CUT in Arica. Erschossen bei einer Hausdurchsuchung.

2. Osvaldo Tello, Präsident des industriellen Syndikats von Chuquicamata. Ohne Prozess erschossen.

- 3. Benito Tapia, Präsident des Minensyndikats von El Salvador. Ohne Prozess mit 17 anderen Personen erschossen. 4. Orlando Moraga, Führer des Syndikats Caletones der Kupfer-
- mine El Teniente. Ohne Prozeß erschossen. 5. Ethiel Moraga, Führer des Syndikats Sewell y Minas von El
- Teniente. Ohne Prozeß erschossen.

- 6. Hector Rojo
- 7. Armando Jiménez
- 8. Samuel Núnez
- 9. Guillermo Alvarez
- lo. Luis Norambuena Nationale Führer der Seelente und des Hafens von San Antonio "Auf der Flucht erschossen".
- 11. Luis Almonacid, Provinzsekretär der CUT von O'Higgins. Bei einer Hausdurchsuchung erschossen.
- 12. Isidoro Carillo
- 13. Vladimir Arandeda
- 14. Danilo Conzález
- 15. Patricio Espinoza
- 16. Bernabé Cabrera

Gewerkschaftsführer der Kohlebergleute und der Lehrer. Erschossen nach einem gehzimen Kriegsgerichtprozeß.

Anmerkung: Die vorangehende Namensliste schließt nur die Hinrichtungen ein, die bis zum Januar von der Militärjunta durch die von ihr kontrollierte Presse zugegeben worden waren.

E. Der "gelbe" Syndikalismus

Direkt nach der ersten Phase der Zerstörung der Gewerkschafts-bewegung, wie sie bis zum 11. September 1973 existiert hatte (Verletzung der gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte, Auflösung der CUT und weiterer Organisationen, direkte Unterdrück-ung gegen Gewerkschaftsführer und Arbeiter), entsteht eine neue Form des Syndikalismus, gefördert und kontrolliert von den Militärs und den Interessen des Kapitals ergeben. Das ist der sogenannte "gelbe Syndikalismus" (in Erinnerung an die von den brasilianischen Militärs nach dem Putsch von 1964 eingerichteten Gewerkschaften). Seine Entwicklung beginnt, als die Junta die Normalisierung der gewerkschaftlichen Aktivitäten durch ein Dekret festlegt, das die Funktionsweise der Gewerkschaften regelt. Die neue Maßnahme der Junta, vom 17. Dezember 1973, enthält Normen in bezug auf die Zusammensetung der unvollständigen Gewerkschaftsleitungen, wonach für die freien Posten der älteste Arbeiter gewählt wird, in bezug auf die Freistellung für die Gewerkschaftsarbeit und in bezug auf das gesetzlich garantierte Vorrecht der gewerkschaftlichen Immunität" (El Merour rio vom 23. Dezember 1973).

Das heißt: direkte Kontrolle über die gewerkschaftliche Aktivität.

Die Konsequenzen der Anwendung dieser Maßnahmen wurden oben schon analysiert, als über die Verletzung der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten und über die Auswirkungen auf die gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte berichtet wurde.

Die Sorge um die Errichtung der "gelben" gewerkschaftlichen Organisation als solche beginnt im Dezember, obwohl man schon vorher begonnen hatte, sich auf das Problem vorzubereiten.

Am 7. November 1973 wurde die Assoziation für Industrierelationen als Filiale der Internationalen Assoziation, die in Genf arbeitet gegründet.

Zu ihrer ersten Versammlung kamen 45 Personen, unter denen Guillermo Medina, zonaler Führer der Bergarbeitergewerkschaften von El Teniente hervorstach (Modell eines "gelben" Führers und treuer Diener der Konterrevolution während der Regierung der Unidad Popular. Er war der Haupträdelsführer beim Streik von El Teniente in den Monaten vor dem Putsch). Diese Vereinigung, die keine gewerkschaftliche Organisation ist, analysierte die beste Art und Weise, den "gelben Syndikalismus" in Chile voranzutreiben. Dieses Ziel ist eine ihrer Hauptaufgaben (die Koordination der verschiedenen Organismen, die sich in Chile mit Arbeitsproblemen beschäftigten).

Andererseits plant die Junta, Gremien und Syndikate in einer einzigen Organisation zu vereinen, um die "Harmonie" zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen (als ob beide die gleichen Interessen hätten!). Unter der ständigen Kontrolle der Nillitärs versammelten sich Ende Dezember Anfang Januar einige Gewerkschaftsführer (UP-Gegner), um einer neuen gewerkschaftlichen Organisation Form zu verleihen; auf diese Weise hat sich ein vorläufiges Exekutivkomitee gebildet. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die Nationale Arbeiterzentrale Chiles (GHT) zu gründen.

Den Kopf dieses Komitees bilden Führer der rechten Parteien Chiles, unter der Führung von Eduardo Rios Avila, seit dem Putsch Präsident der CONACH, der Schiffahrtskonföderation Chiles (Rios ist 49 Jahre alt und ist Angestellter in Valparaiso).

Der Rest der "gelben Führung" setzt sich wie folgt zusammen: Tucapel Jinénez, Vizepräsident (Führer der ANEF), Luis Villena (Von der Könföderation der Kupferarbeiter), Victoriano Zenteno, Generalsekretär der nach dem Putsch geschaffenen nationalen Bauernverbände,

Octavio Diaz, Führer der Textilindustric, Carlos Ortega, Prüsident der Bankföderation, José Pino, von der Konföderation der Metallarbeiter und Eduardo Caro, von der nationalen Föderation der Arbeiter für das Gesundneitswesen, FENATS.

Alle diese fordern, daß die CNT "frei von den traditionellen Lastern der chilenischen Gewerkschaftsbewegung" sein soll. D.h. es muß eine Organisation sein, die dem Diktat der Junta und der Vertreter des nationalen Kapitalismus und des nordamerikanischen Imperialismus gehoreht, die gesamteKampftradition der Gewerkschaftsbewegung ignoriert und auf die Eroberung der Freicheiten und Rechte verzichten muß, die diese in mehr als 60 Jahren errungen hat.

Unter dieser Perspektive erkennt die Militärjunta neuen Gewerkschaften, die unter ihrer mili tärischen Kontrolle entstanden sind, den Status einer juristischen Person zu (Ca. 70, die Zahl der illegalen Gewerkschaften ist nicht feststellbar).

Trotz des Bestehens dieser "gelben Organisation" geschieht folgendes:

1. Der Streit eines bestimmten Sektors, um seine Positionen durchzusetzen (frühere Gewerkschaftsführer der Christdemokraten, deren Partei sich noch nicht im Widerspruch zur Junta befand).

Ende Dezember fand ein Zusammentreffen von Gewerkschaftsführern in bezug auf die Komission für Arbeitsbedingungen der Provinz von Valparaiso statt, die zuständig für die militärische Kontrolle der Arbeitsangelegenheiten war. (Diesem Zusammentreffen wohnten 200 Gewerkschaftsvertreter der Provinz bei. Unter ihnen war Alfredo Leiva, Hauptführer der DC bei der CUT von Valparaiso. Dieses Treffen fand in den Salons des luxuriösen Hotels O'Higg gins von Vina del Mar statt).

Die Vereinbarungen, die dort entstanden sind - sehr kritisch gegenüber der Gewerkschaftspolitik der Junta - riefen eine politische Kontroverse hervor.

Zusammenfassend waren die Vereinbarungen der in Valparaiso versammelten Führer, und die als Arbeitspolitik der Junta vorgeschlagen wurden, folgende:

Schaffung einer einzigen Gewerkschaft pwo Unternehmens- oder Dienstleistungssektor, Schaffung einer einzigen provinziellen Gewerkschaft pro Arbeitszweig; und schließlich die Schaffung einer nationalen Exekutiv-Gewerkschaftszentrale (Modell einer Pyramidenform).

- Anerkennung der gewerkschaftlichen Immunität für 2 Jahre und freie Wahlen. Diese Gewerkschaftsbewegung steht im Gegensatz zu einer liberalen Gesellschaft und "muß daher einem moralischen Einfluß unterstehen, für den wir die Werte des christlichen Humanismus vorschlagen, weil diese generell von den Arbeiten akzeptiert werden". (Nach dem Text der Vereinbarung).

- "Die industriellen Produktionsmittel und-dienste müssen in ihrer Mehrheit in den Hönden der Arbeiter sein" und "der . Staatssektor soll die Durchführung und Kontrolle seitens der Arbeiter selbst garantieren". Als Hauptperspektive wird die Selbstverwaltung festgesetzt.

- Schließlich, in Bezug auf die Verstaatlichung der Banken wird behauptet, daß "es notwendig ist, die staatlichen Kontrolle der Handelsbanken aufrechtzuerhalten, damit diese niemals in Privathände übergehen". (El Mercurio, 16. Januar 1974) Auf diese Weise konnte der christdemokratische Sektor ohne Zweifel die Kontrolle des "neuen Syndikalismus" gewinnen. Es gab jedoch Opposition.

2. Die Reaktion auf die obengenannten Projekte seitens der Sektoren, die am bedingungslosesten der Junta ergeben sind und die auch die geringste demokratische Möglichkeit innerhalb des "neuen Syndikalismus" für nicht angemessen halten. Dieser Sektor akzeptiert unter anderem die Verstaatlichung der Banken nicht. (De facto wurden diese in Privathände übergeben) Die Zeitschrift "Ercilla" veröffentlichte am 30. Januar 74,S.14, folgendes:" Die angenommenen Vereinbarungen der regionalen Gewerkschaftsversammlung wurden zum Thema der Kritik der Leitartikel von El Mercurio in Santiago; auf dieselbe Weise äußerte sich in Radio "Agricultura" der nationale Ex-Deputierte Hermogenes Pérez de Arce. Hauptvorwurf: der offensichtliche "monoideologische Charakter der neuen Gewerkschaftsorganismen! El Mercurio war direkter: "Der öffentlichen Meinung ist aufgefallen. daß wenig mehr als vier Monate nach der Bekanntgabe der Auflösung der CUT neue Konzepte und Forderungen wieder erscheinen, die von Gewerkschaftssektoren vertreten werden, die sehr mit den Forderungen der Ex-Zentrale verwandt sind."(Leitartikel vom 22. Januar 1974, "Reviven tacticas y métodos marxistas"). Diese Widersprüche sind noch nicht gelöst worden.

3. Es gibt einen gewissen Grad an mangelnder Übereinstimmung.

Im wesentlichen in zwei Bereichen:

a) Eine Reihe von breiten Sektoren der Arbeiterschaft, die keine linken Tendenzen vertreten, fühlen sich nicht motiviert, an dieser Form der gewerkschaftlichen Aktivität teilzunehmen. Einige Gründe:

Die Gewerkschaften bieten keine Arbeit an. (siehe "Que pasa", 3.Mai 1974) Das beunruhigt die Junta. Han kann dies aus einer Erklärung des Arbeitsministeriums ersehen: ".. in einigen Betrieben hat man den Geist der Junta falsch verstanden, besonders bezüglich der Ansichten des Arbeitsministeriums über die legale Existenz von Gewerkschaften." (El Mercurio vom 12. Januar 1974)

Der Wunsch, sich nicht zu engagieren. Beispiel: nicht immer nehmen die ältesten Arb eiter die Führungsposition in einer Gewerkschaft an. (Que pasa, 3. Mai 1974) Ein Dekret der Junta legt diese Pflicht als "unwiderruflich" fest.

Weil die ökonomische Situation Eritisch ist und weil keine Möglichkeit einer Lohnerhöhung existiert, entwickeln die Gewerkschaften nicht die Aktivitäten, die ihnen die Junta er-

Als Folge des vorher Gesagten entsteht das Bedürfnis, gewerkschaftliche Versammlungen abzuhalten nicht, zumal diese der polizeilichen Kontrolle unterstehen müssen. Die Führer ihrerseits " wagen es auch nicht, wegen Nichterfüllung der Verpflichtungen von seiten der Unternehmer vor der Justiz zu reklamieren, aus Angst, von den Unternehmen selbst entlassen zu

werden..(Qué pasa, 3. Mai 1974)

Spezifische Vorschääge in bezug auf Arbeitspolitik werden abgelehnt. Beispiele: die CEPCH, lehnte am 3. April den Vore schlag des Präsidenten des Industriellenverbandes, Orlando Saenz, das Entlassungsschutzgesetz aufzuheben, öffentlich mit der Begründung ab, daß dies eine ununterbrochene Kette von Entlassungen ohne Entschädigung mit sich bringen würde. Mitglieder der Bankenföderation kritisierten das Gesetz Nr.198, das befiehlt, daß die Gewerkschaftsführungen von den ältesten Führern besetzt werden sollten. (El Mercurio, Januar 1974) b) Die Existenz eines bestimmten engagierten gewerkschaftlichen

Sektors mit politischen Positionen (vor allem DC). Zwei Bei-

spiele:
-- Eduardo Rios(DC), Präsident des vorläufigen Exekutivkomitees der CNT: "... alle sprechen über Mitbestimmung der Arbeiter, und wir Arbeiter bestimmen nicht mit. Zuerst müssen wir wissen, worauf diese Mitbestimmung beruht, die jetzt gefordert wird, und zweitens müssen wir sehen, wie wir an dem Entwicklungsprozeß teilnehmen sollen..."(Zeitschrift Ercilla, 2. Januar 1974)

Manuel Rodriguez (DC), Ex-Führer der CUT aus der Provinz von Santiago: "...heute schaden dem Bild von Chile mehrere der gewerkschaftlichen Einschränkungen und machen es uns Arbei-S tern unmöglich, die Eroberung dessen zu erlangen, worauf wir ein Recht haben. Daher fragen wir uns: Mit welchen Mitteln können wir Arbeiter noch rechnen?" (Rede am 1. Mai in dem Gebäude "Diego Portales", in Anwesenheit von Augusto Pinochet.

El Mercurio, vom 2. Mai 1974)

Andererseits sieht die Arbeitspolitik der Junta ein Dekret vor. das das Funktionieren der Unternehmenskomitees regulieren wird. Diese Komitees sind nichts anderes als eine demagogische Form, um sie der "gelben Gewerkschaftsbewegung" zu unterwerfen und um die Mandate der Militärjunta in den strategisch wichtigen Industrien und im öffentlichen Sektor sowie die der Unternehmer im Falle eines Privatunternehmens aufrechterhalten zu können. In der Politik einer "Öffnung gegenüber den Arbeitern", die von den "gelben Führern" sogar gefordert wurde (Manuel Rodriguez, in seiner Rede vom 1. Mai), kündigte die Militärjunta die Schaffung und das Inkrafttreten von Büros für Arbeitsangelegenheiten in allen Provinzen des Landes an (man hatte damit schon in einigen Provinzen wie Valparaiso experimentiert). Mier entsteht die Kontrolle der gewerkschaftlichen und Arbeitsaktivitäten innerhalb der Grenzen, die von den Militärs akzeptiert werden, sowic innerhalb der Interessen des Kapitalismus und des Imperialismus.

Die Gewerkschaftsbewegung im Widerstand:

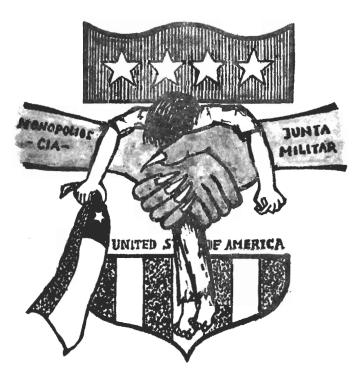
Die chilenische Gewerkschaftsbewegung ist noch lebendig, sie arbeitet unter den sehr harten Bedingungen des Untergrunds. Sie entwickelt sich und kämpft gegen die Diktatur. Ihr Einfluß vergrößert sich in dem Haße, wie die sozioökonomische und repressive Situation die chilenischen Familien unter Druck setzt.

- A. Im Inland: Intwicklung einer Streikbewegung aufgrund der Forderung einer ökonomischen Verbesserung, die gleichzeitig die allgemeine Politik der Junta in Frage stellt. In der von der CUT in den ersten Monaten nach dem Militärputsch gezogenen Bilanz, stellte man fest, daß von Dezember bis Mai über 50 Streiks stattgefunden haben, die meisten von ihnen waren trotz der Repression erfolgreich. In folgenden Industriezweigen wurden Streiks durchgeführt: im Kupferbergbau (im El Teniente wurde ein Streik von 24 Stunden für Lohnverbesserungen durchgeführt), im Eisenbergbau (in El Algarrobo, im Innern von Vallenar, in der 2. Hälfte Januar) und im Kohlebergbau ; bei der Eisenbahn; bei den Bäckern (im Januar in Santiago) bei den U-Bahn-Arbeitern (in den Sektoren des Transformatorenbaus im November). Die Streiks sind hauptsächlich in den Mittel- und Kleinindustrien im ganzen Land durchgeführt worden.
- B. Im Ausland: Die Arbeit beschränkt sich vor allem auf die Agitation des Widerstandskampfes, auf die Denunziation des faschistischen Charakters der Junta und auf die Belebung der Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt mit den chilenischen Arbeitern Vertreter der CUT haben an verschiedenen internationalen Ereignissen teilgenommen und dort die Haltung der chilenischen Arbeiterzentralen und ihrer Arbeiter dargelegt:

1. XXII. Kongreß der cubanischen Gewerkschaftszentrale. Havanna. November 1973.

2. 3. Kongreß der vietnamesischen Gewerkschaftskonföderation. Hanoi, RDV, Februar 1974.

3. 3. Nationaler Kongreß der allgemeinen Konföderation der peruanischen Arbeiter. Lima, Peru, März 1974: Außerdem fangen Unterredungen mit Führern der Weltgewerkschaftsföderation (FSM) statt, die ihre aktive Solidarität für den Kampf der Arbeiter und des chilenischen Volkes zugesagt haben. Im Ausland zirkulieren außerdem Erklärungen, die in Chile verfaßt worden sind und die den repressiven Charakter der Militärjunta anprangern, eine Forderung für die Konstituierung einer breiten gewerkschaftlichen Front, politisch einheitlich, in der "alle chilenischen Arbeiter im Kampf gegen die faschistische Diktatur" vereint werden sollen. (Redebeitrag im Kongreß der CHTP, Peru). Die CUT hat außerdem von Santiago aus sich an das Komitee für gewerkschaftliche Freiheit der Internationalen Arbeitsorganisation, Genf, Schweiz, in einem breiten Dokument gewandt, das die Lage der chilenischen Arbeiter und inner Organisationen zusammenfaßt.



DONATED BY THE GOVERNMENT OF THE USA

CHILE - LATEINAMERIKA

Ubersetzung aus "Brazilian Information Bulletin", Winter 1974 No. 12 Published by American Friends of Brazil

Wessen Putsch?

Marlise Simons (Die Autorin, Sitz Mexiko, berichtet häufig aus Lateinamerika für die "Washington Post")

Rio de Janeiro - Dr. Glycon de Paiva beschreibt sich selbst als "Bergbauingenieur mit einer Anzahl anderer Interessen". Eine seiner letzten Interessen als führende Figur in einem hiesigen privaten anti-kommunistischen "think tank" war die Beratung chilenischer Geschäftsleute, wie sie "den Boden vorbereiten" könnten für den militärischen Umsturz von Präsident Salvador Allende im letzten Herbst.

Aristotele Drummond, Gründungsmitglied einer brasilianischen paramilitärischen Gruppe, sagt, er habe zwei Reisen als Kurier nach Chile gemacht, bei denen er einer rechten anti-Allende-Organisation Geld "für politische Aktionen" gebracht hat.

De Paiva und Drummond sind zwei von mehreren Brasilianern, die zugeben, den chilenischen Feinden Allendes geholfen zu haben. Andere Privat- und Geschäftsinteressen in diesem Lande gaben Geld, Waffen und Beratung in politischer Taktik. Es gibt keine Beweise dafür, daß die brasilianische Regierung irgendeine Rolle in diesen gegen Allende gerichteten Anstreniungen gespielt hat, obwohl ihr hochentwickelter militärischer Nachrichtendienst davon gewußt haben muß. Brasilien war nie öffentlich feindlich gegenüber Allende. Der Handel zwischen den beiden Ländern nahm nach Allendes Wahl 1970 stark zu, und die Niederlassung der Bank von Brasilien in Santiago war die einzige ausländische Institution, die der Kontrolle der chilenischen Regierung entkam.

Eine Woche vor dem Putsch am 11. September sagte Brasiliens Kriegsminister, General Orlando Geisel, jedoch dem paraguayischen Botschafter in Brasilia, daß Chile "schon in militärischen Händen" ist.

Innerhalb zweier Tage nach dem Putsch überraschte Brasilien sogar seine eigenen Diplomaten durch die Anerkennung der chilenischen Junta als erster Staat.

Außerdem schickte Brasilien sofort Lebensmittel und Medizin und entsandte Geheimagenten nach Santiago zur Identifikation und zum Verhör festgenommener Brasilianer. Hier konnte zuverlässig festgestellt werden, daß zwei Flugzeugladungen brasilianischer "extremistischer" Gefangener nach dem Putsch aus Chile ankamen; das eine Flugzeug landete in Viracopos nahe Sao Paulo, das andere, mit 22 Gefangenen, auf Rios Galeao-Flughafen.

Das brasilianische Modell.

Der Putsch, mit dem Brasiliens Armee im März 1964 an die Macht kam, scheint als Muster für den chilenischen Militärputsch gedient zu haben. Der private Sektor spielte eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung beider Interventionen, und die brasilianischen Geschäftsleute, die den Umsturz der nach links tendierenden Regierung Präsident Joao Goularts 1964 anzettelten,

waren die gleichen Leute, die die chilenischen Rechte berieten, wie sie den marxistischen Präsidenten Allende behandeln sollten.

Kurz nach Allendes Wahl brachten tausende chilenischer Geschäftsleute ihre Familien und ihr Vermögen ins Ausland und ließen sich vorwiegend in Ecuador, Argentinieh, Venezuela und Brasilien nieder.

Die bessergestellten Chilenen fanden in Brasilien schnell Arbeit in multinationalen Gesellschaften oder investierten ihr Kapital in neuen Firmen oder auf dem Aktienmarkt. Bei ihren Geschäften mit dem privaten Sektor Brasiliens etablierten sie schnell Beziehungen zu den Architekten des brasilianischen Putsches von 1964.

So trafen sie zum Beispiel Gilberto Huber, den vermögenden Besitzer von Brasiliens größtem Druckereikonzern, AGGS. 1961 hatten Huber und mehrere mächtige Geschäftsfreunde das Institut für Forschung und Gesellschaftliche Studien (IPES) gegründet, einen politischen "think tank" mit der spezifischen Ausrichtung, den Umstürz von Brasiliens "kommunistisch-infiltrierter" Zivilregierung vorzubereiten. Zwischen 1961 und 1964 organisierte, finanzierte und koordinierte IPES gegen die Regierung gerichtete Aktivitäten und diente als Bindeglied zwischen privaten Unternehmungen und den Streitkräften vor dem Putsch. Der Geschäftsführer von IPES wer General Goulbery Coute e Silva, der 1964 Brasiliens politischen Geheimdienst begründete.

Vor einem Jahr erzählte der Chilene Luis Fuenzalida, der in Hubers Firma eingetreten war, Freunden stolz: "Wir werden Allende hinauswerfen, und ich lerne von Huber, was sie 1964 machten." Ein weiteres Schlüsselmitglied von IPES und einer seiner Gründer war Dr. de Paiva. Er ist ein führender konservativer Ökonom, eifriger Antikommunist und Bewunderer der Vereinigten Staaten, die er häufig besucht hat. De Paiva, der auch als Berater für eine Reihe von US- und multinationalen Gesellschaften in Brasilien tätig ist, glaubt, daß die Allende-Regierung eine "Bedrohung des gesamten Kontinents" war, daß es "aber klar war, daß er nicht bleiben durfte".

De Paiva war vorbereitet, seinen Teil dabei zu spielen. "Nachdem Allende die Regierung übernahm, kamen chilenische Geschäftsleute nach hier und fragten nach Rat. Ich erklärte, wie sie, die Zivilisten, den Boden für die Tätigkeit der Militärs. vorbereiten mußten", erinnert sich de Paiva.

"Das Rezept existiert, und man kann den Kuchen jederzeit backen. Wir sagen, wie es in Brasilien klappte, und jetzt wieder in Chi-

Dr. de Paivas "Rezept" schließt die Schaffung des politischen und ökonomischen Chaos ein, das Sä en von Unzufriedenheit und tiefer Angst vor dem Kummunismus unter den Arbeitgebern und Angestellten, das Blockieren legislativer Anstrengungen der Linken, die Organisation von Massendemonstrationen und Massenkundgebungen, sogar - wenn nötig - Akte von Terrorismus.

Dr. de Paiva erkennt an, daß sein Rezept das Aufbringen großer Geldsummen erfordert. "Eine Menge Geld wurde ausgegeben, um Allende zu stürzen", sagt er, " aber das Geld, das die Geschäftsleute gegen die Linke ausgaben, ist nicht nur eine Investition, sondern es ist eine Versicherungspolice".

Fußend auf seinen Erfahrungen bei IPES, empfahl Dr. de Paiva seinen chilenischen Besuchern, die er nicht nennen wollte, zuerst ein Nachrichtensystem zum Studium der Aktionen aller Schlüsselleute und Hauptbewegungen aufzubauen. "Im IPES hatten wir z.B. eine Kartei über 45.000 Personen. Erst nachdem man die zentrale Informationsbank etabliert hat, können gegen die Regierung gerichtete Aktionen richtig vorbereitet und koordiniert werden."

Wie andere Veteranen der "Revolte der Geschäftsleute", die 1964 die Bühne für den Putsch des brasilianischen Militärs abgaben, gibt de Paiva bereitwillig zu, daß die politische Landschaft Chiles vor dem Coup in hohem Maße anders war als in Brasilien. Z.B. hatte Chiles lange demokratische Tradition eng gefügte politische und berufliche Organisationen geschaffen, die - im Gegensatz zu Brasilien - einen hohen Prozentsatz der Bevölkerung einschlossen.

Die Gegenrevolution in Chile konnte sich deshalb vieler Oppositionskanäle bedienen, die bereits existierten. In Brasilien war die Zusammenarbeit mit den Militärs leichter sicherzustellen, da sie noch frischere Erinnerungen an den Geschmack der politischen Macht hatten als ihre chilenischen Kollegen. Trotzdem bestehen brasilianische Beobachter darauf, daß ihr und der chilenische Putsch in Stil und Technik "Cousins 1. Grades" sind.
Nach dem chilenischen Putsch sagt ein brasilianischer Historiker, der bat, nicht genannt zu werden: "Die ersten zwei Tage meinte ich, eine Xerox-Kopie von Brasilien 1964 zu erleben. Die Sprache der Militärkommuniques zur Rechtfertigung des Putsches und ihre Beschuldigungen, daß die "Kommunisten" ein Massaker und die militärische Machtübernahme vorbereitet hätten, waren so skandatös identisch mit unserer, daß man fast annimmt, sie hätten den gleichen Autor."

Den Fußstapfen des IPES folgend und unter Anwendung seines "Rezeptes", kreierten Chiles "gremios", oder Mittelklasse-Ständeorganisationen, mit Vereinigungen der Geschäftsleute und Landbesitzer, das Zentrum für Studien der Öffentlichen Meinung. In
den Tagen vor dem Putsch besuchte ich einen der Treffpunkte des
Zentrums, eine Villa in Providencia, einem Wohnbezirk von Santiago. Im Erdgeschoß ermutigten Notizen Leute, Karate- und Erste
Hilfe-Kurse zu belegen. Die Sitzungsräume im Obergeschoß waren
bedeckt mit Plänen der Hauptstadt, aufgeteilt in Aktionszonen;
Ablagesysteme reichten bis zur Decke.

Das Zentrum war einer der Hauptursprungsorte für soche Strategien wie die lähmenden Streiks gegen die Regierung, die Pressekampagnen, die Verbreitung von Gerüchten und den Einsatz von
Schockgruppen während der Straßendemonstrationen. Die Villa in
Providencia diente ebenfalls als Hauptquartier für die Frauenbewegung, die so effektiv gegen den marxistischen Präsidenten gebraucht wurde.

ähnlich ging Chiles wichtigste Oppositionspartei, die Christdemokraten vor, die die Gesellschaft für Soziale, Wirtschaftliche
und Kulturelle Studien (CODESEC) zur Planung von Kampagnen gegen Allende gründete. Sie wurde durch lokale Spenden finanziert
und machte Gebrauch von Fonds der deutschen und italienischen
christdemokratischen Parteien.

Nach zuverlässigen Berichten plante CODESEC mit Hilfe von Psychologen und Soziologen die "Operation Charlie", die Haßkampagne, die den Oberbefehlshaber des Heeres, General Carlos Prats, zu Fall bringen sollte. Im Spätaugust versammelten sich Frauen ho-

her Armeeoffiziere (unter ihnen die Frau von General Oscar Bonilla) vor Prats' Haus zusammen mit militanten Frauen der Christdemokratischen Partei und der neofaschistischen Bewegung "Patria y Libertad". Stundenlang schrien sie Beschimpfungen und forderten Prats Rücktritt.

Und es war Prats' Rücktritt, der zwei Tage später die Tür für den Putsch öffnete. Wie der General später erklärte, war die Haßkampagne ein wichtiger Faktor für seine Entscheidung, den Posten zu verlassen.

Mobilisierung der Frauen.

Glycon de Paiva ist besonders stolz auf die Art, "die wir die Chilenen lehrten, ihre Frauen gegen die Marxisten zu gebrauchen. Wir selbst haben eine große und erfolgreiche Frauenbewegung geschaffen, die Frauenkampagne für Demokratie und Chile hat sie

In Chile schuf die Opposition "Poder Femenino", eine Organisation konservativer Hausfrauen, berufstätiger Frauen und Geschäftsfrauen, die wegen ihrer "Märsche der leeren Töpfe" berühmt wurden. Poder Femenino erhielt ihre Anweisungen, ihre Gelder und ihre Versammlungsräume von den "gremios", den Standesorganisationen. Trotz der Direktiven, die sie von der männlichen Führerschaft erhalten, erklärt Dr. de Paiva, "müssen die Frauen der Meinung sein, sie organisierten sich selbst, daß sie eine sehr wichtige Rolle spielen. Sie sind sehr kooperativ und stellen die Art der Männer nicht in Frage".

"Frauen ding die offektivste Waffe, die es in der Politik gibt". führt de Paiva fort. "Sie haben Zeit und sie können viel Gefühl zeigen und schnell mobilisieren. Wenn man zum Beispiel ein Gerücht wie "Der Fräsident trinkt" oder "er hatte einen leichten Herzanfall" verbreiten will, nimmt man die Frauen. Am nächsten Tag weiß es das ganze Land".

De Paiva Jeist durauf hin, daß sowohl in Chile als auch in Brasilien die Frauen diejenigen sind, die von linker Wirtschaftspolitik, die Mangel in den Läden verursacht, am direktesten betroffen sind. "Die Frauen beschweren sich zu Hause und sie können die Atmosphäre vergiften. Und natürlich sind sie die Frauen

und Mütter der Militärs und der Politiker".

Doch die wichtigste Rolle der Frauen ist, nach de Paiva, "zu beweisen, daß das Militär massive zivile Unterstützung hat". Demnach ist es laut de Paiva kein Zufall, daß zehn Tage vor dem Putsch in Brasilien 1964 tausende von Frauen durch die Straßen Sao Paulos marschierten – und daß fünf Tage vor dem chilenischen Putsch "Poder Femenino" in Santiago ihre größte Versammlung abhielt.

Waffen und Männer.

Als die Vorbereitungen für ien Putsch ernsthaft im Frühjahr 1973 begannen, fürchteten Allendes Widersacher bewaffnete Auseinandersetzungen mit linken Gruppen, die sich zufolge Berichten selbst bewaffneten, um die Regierung zu verteidigen. Die Aktivisten auf der Rechten benötigten Waffen, besonders für die paramilitärische Bewegung "Patria y Libertad" und für "Proteco", die rechtsgerichteten Nachbarschaftskomitees. Eine der Adressen, an die sie sich wundten, war Brasilien.

Sen. Pedro Ibanez von Chiles konservativer Nationalpartei versuchte zu helfen. Der Senator, dem zwei Supermarktketten und Chiles größte Gesellschaft zur Herstellung von Pulverkaffee gehören, handelt oft mit Brasilien. Im Juni 1973 erhoben Hafenarbeiter des brasilianischen Kaffeehafens Santos die Anschuldigung, daß Verschläge mit "landwirtschaftlicher Ausrüstung" für Ibanez in Wirklichkeit Maschinengewehre enthielten. Die Rechte befürchtete außerdem, daß eine Teilung innerhalb des Militärs zu einem Bürgerkrieg führen könne. Diese Bedenken wurden brasilianischen Freunden mitgeteilt, die vorschlugen, sich mit Brasiliens Anti-Kommunistischer Bewegung (MAC) in Verbindung zu setzen, einer paramilitärischen Körperschaft, die 1961 gegründet wurde und "Patria y Libertad" ähnlich ist. Im Frühjahr 1973 erklärte Aristoteles Drummond, eines der Gründungsmitglieder von MAC, seinen Freunden in Rio de Janeiro: "Sie werden Allende los werden; und wir haben 500 Leute zur Verfügung gestellt". Später, während der ersten Juniwoche, wurde das brasilianische Angebot von "500 Leuten" bei einem Treffen in Antofagasta, einer Stadt in Nordchile, wiederholt. Zuregen waren Pablo Rodriguez, Gründer von "Patria y Libertad", und Roberto Marshall, ein früherer chilenischer Armeemajor, der 1969 wegen "Subversion der Streitkräfte" aus der Armee ausgeschlossen worden war und seither in Bolivien lebte. Geheimdienstquellen in der Regierung Allende behaupteten, daß bei diesem Treffen von "Patria y Libertad" 8 Millionen Dollar von Marshall angeboten wurden, der sagte, er tue dies im Auftrag "brasilianischer Freunde".

Fonds aus Brasilien.

Offensichtlich gab es keinen Mangel an finanziellen Angeboten. In Rio de Janeiro hatten die MAC-Mitglieder Drummond und Faustino Porto eröffnet, daß sie als Kuriere für Geldsendungen von Brasilien nach Chile agierten.

Drummond sagte, er sei zweimal nach Chile gereist, "um Geld für

Drummond sagte, er sei zweimal nach Chile gereist, "um Geld lurpolitische Aktionen zu hohen Offiziellen von "Patria y Libertad"
zu bringen". Porto gab an, das für Chile bestimmte Geld komme
" aus Sao Paulo, und dort gab es viel davon". Aber er weigerte

sich, die Quelle anzugeben.
Der Dollarzufluß aus dem Ausland war kein Geheimnis für Allende.
Anfang August wußte die Öffentlichkeit, daß die Organisatoren
des Fuhrunternehmerstreiks, der dem Putsch vorausging, fast
5.000 Fahrer und Eigentümer von Lastwagen, Bussen und Taxis bezahlten, damit sie ihre Fahrzeuge von den Straßen hielten. Zwei
Taxifahrer erzählten mir, daß jeder von ihnen 6.000 Escudos(Gegenwert 3 Dollar auf dem Schwarzmarkt) für jeden Tag erhielt,
an dem sie nicht arbeiteten, und eine Gruppe Lastwagenfahrer
sagte, sie erhielten pro Tag 5 Dollar, in Noten ausgezahlt. Auf
dieser Basis kostete der 45-Tage-Streik nahezu 7 Millionen Dollar allein für solche Zahlungen, wie Allende Berater berechneten.

Es wird ebenfalls als sicher angenommen, daß die Tausende von Chilenen im Ausland Spenden sammelten und Fonds einrichteten. Jovino Novoa, ein konservativer Jurist und Mitglied der chilenischen Exilgemeinde in Buenos Aires, sagte in einem Interview: "Natürlich wurde Geld nach Chile geschickt. Wir taten alle, was wir konnten, jeder nach seinen Möglichkeiten".

Der erfolgreichste Geldbeschaffer unter den chilenischen Konservativen war Orlando Saenz, damals Präsident der Chilenischen Fabrikantenassoziation (SOFOFA) und jetzt wirtschaftlicher Berater des Außenministerium in Santiago. Auf seinen Geldbeschaffungskampagnen reiste Saenz häufig nach Brasilien, Argentinien und in die USA.

Im Juli 1973 besuchte er General Juan Peron und Argentiniens Interim-Präsidenten Raul Lastiris. Nach Berichten erhielt Saenz von Argentiniens Regierung kein finanzielles Hilfsangebot, aber nach einem Memorandum, das Präsident Lastiris an den argentinischen Geheimdienst schickte, informierte ihn Saenz, daß der Militärputsch vorbereitet würde.

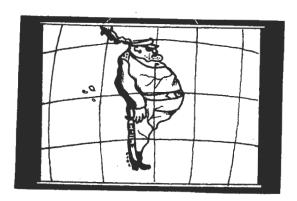
Außerdem drängte Saenz die argentinischen Regierung, die entscheidenden Lieferungen von billigem Weizen, Fleisch und Korn nach Chile zu unterbrechen, weil sie durch ihre humanitäre Haltung die marxistische Regierung "rette".

Obwohl wichtige Mitglieder der Regierung Allende wiederholt versicherten, daß große Dollarmengen nach Chile kämen, um Streiks und Kampagnen gegen Allende zu bezahlen, erhärteten sie ihre Behauptungen nie in der Öffentlichkeit.

Drei Wochen vor dem Putsch stellte ich die Frage nach der "ausländischen Finanzierung" in separaten Interviews mit einem älteren Mitglied des Geheimdienstes und einem engen Vertrauten Allendes. Beide Männer lehnten es "aus politischen Gründen" ab, irgendwelche Details bekanntzugeben.

"Wir verhandeln gegenwärtig wegen unserer Schulden mit Washington", sagte Allendes Berater. "Diese Verhandlungen sind lebenswichtig für uns, und wir können uns einen Skandal nicht leisten".

7. Januar 1974



PERU UND CHILE

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die chilenische Presse - unter Führung des MERCURIO - nicht aufheult gegen "die Diktatur", "die Despotie", den Totalitarismus" der Militärjunta, gegen "die Verletzung und Unterdrückung der elementarsten Menschenrechte" und gegen "die Unterwerfung unter die Strategie einer ausländischen Macht".

Natürlich richten sich diese Angriffe nicht gegen die chilenische Militärjunta. Im Namen der Pressefreiheit - die in Chile abgeschafft ist - wendet sich der MERCURIO gegen die peruanische Regierung, die es gewagt hat, die wichtigsten Zeitungen der Oligarchie zu enteignen. Außendem hat die Regierung Verlasco größere Waffenkäufe in der Sowjetunion getätigt - nach eigenen Angaben, weil die USA nicht bereit sind, Perú auch nur einen Schuß Munition zu liefern, und weil die Sowjetunion am billigsten verkaufte. Die chilenische Presse sieht in all dem eine vollständige Entsprechung zur Strategie der Kommunistischen Partei und kann nicht genug warnen vor der Gefahr, die aus Perú für das "befreite" Chile drcht. Das heißt, daß man am liebsten Peru befreien möchte, das es nach den Schilderungen der chilenischen Presse auch nötig hätte, weil angeblich das Chaos "wie in Chile unter Allende" immer größer wird.

Die offiziellen Erklärungen beider Militärregierungen sind wesentlich zurückhaltender, ja sie betonen sogar die freundnachbarschaftlichen Beziehungen und den Willen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Daß die Kommunistische Partei Perús nicht gerade die Geschicke und erst recht nicht die Strategie der Regierung dieses Landes bestimmt, mag aus einer Erklärung hervorgehen, die Carlos Delgado, Gereraldirektor des Nationalen Systems zur Unterstützung der Sozialen Mobilisierung (SINAMOS), als solcher hoher Regierungsfunktionär und so etwas wie Chefideologe der peruanischen Militärjunta, am 7. August abgegeben hat:

"Von den Kommunisten trennen uns unterschiedliche Positionen, verschiedene Konzeptionen, unvereinbare Zielsetzungen und nicht zu versöhnende politische Verhaltensweisen. Wenn sie unter diesen Bedingungen darauf bestehen, eine Revolution zu "unterstützen", die ihre eigene historische Liquidierung bedeutet, so ist das ihre Sache. Niemand hat das letzte Wort über die versteckte Motivation der Verhaltensweisen gesprochen, die dem persönlichen oder politischen Selbstmord nahekommen." (Nach AFP-Berichten).

So scheint denn auch letztlich die Nähe der peruanischen Militärs zu den chilenischen größer zu sein als zu den Kommunisten. Der Juntageneral Gustavo Leigh wurde jedenfalls Anfang Juli in Perú betont freundlich behandelt und sein Chefkollege Pinochet ist ebenfalls nach Lima eingeladen. Bisher hatte er nur Einladungen aus Brasilien und Paraguay erhalten und wahrgenommen.

Der Peruanische Botschafter in Mexiko, Alfonso Benavides, war so empört über die guten Beziehungen seiner Regierung zu den

chilenischen Junta-Generälen, daß er von seinem Amt als Botschafter Anfang Juli zurückgetreten ist. Wir veröffentlichen hier seinen Rücktrittsbrief:

"Ich bin als Botschafter Perús in Mexiko zurückgetreten und habe mich als Kämpfer für Volk und Vaterland, für Befreiung und soziale Gerechtigkeit von der Regierung der Streitkräfte unter demVorsitz von General Juan Velasco Alvarado gelöst.

Mein unwiderruflicher Rücktritt ist vor allem darauf zurückzuführen, daß ich absolut nicht damit einverstanden bin. daß der Luftwaffengeneral Gustavo Leigh, Mitglied der völkermordenden Regierung von Chile kürzlich Peru einen offiziellen Besuch abgestattet hat und daß der General Augusto Pinochet Ugarte eingeladen wurde, absurderweise an der Hundertfünfzigjahrfeier der Schlacht von Ayacucho teilzunehmen.

Die Hundertfünfzigjahrfeier des Sjeges von Ayacucho, der Schlacht der Nationen. die 1824 in Perú geschlagen wurde. darf nicht zu einem prokolonialen Betäubungsmittel gemacht werden, sondern muß ein antikolonialer Zündsatz des Nationalismus, der Revolution, der Befreiung, der Menschlichkeit und des Volkes sein.

Die Hundertfünfzigjahrfeier von Ayachucho muß eine kategorische Erklärung der politischen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Emanzipation sein, oder sie wird nichts sein. Ohne solche Unabhängigkeit wird es weder Souveränität noch Entwicklung, weder soziale Gerechtigkeit noch Freiheit geben.

An der gemeinsamen Erinnerung an die 150 Jahre von Ayacucho können deshalb die nicht teilnehmen, die im schamlosen und brutalen Dienst für die unbarmherzigen einheimischen Oligarchien und die gefräßigen Interessen des Imperialismus das Gefolge von Lakaien und Tyrannen bilden, die ihre Völker morden, die territoriale Integrität ihrer Nachbarn bedrohen und den kontinentalen Befreiungsprozeß zerstören oder aufhalten, den das zweite Ayacucho symbolisieren muß.

Lateinamerika mit seinem hochzuschätzenden Volk. das seit Jahrhunderten nichts hat als seinen Hunger und seine verzweifelte Hoffnung, besitzt einen Speicher, vollgepfropft mit kostbarem Korn. Eine Handvoll davon, mit Mut und Selbstvertrauen, muß in die Winde gestreut werden. Die Saat wird fruchtbar sein und die Ernte reichlich. Das Volk stirbt nie, es siegt immer. Die Freiheit, die Gerechtigkeit und die menschliche Würde auch.

ALFONSO BENAVIDES CORREA"

SOLIDARITÄT

AUFRUF DER KOORDINATION DER CHILENISCHEN LINKEN IN ROM

RUNDSCHREIBEN Nr.3 AN ALLE KOMITEES UND ORGANISATIONEN DER SO-LIDARITAT MIT CHILE, vom Juni 1974 (Auszüge)

In unserem vorangegangenen Rundschreiben haben wir Euch einige Vorstellungen zu dem Arbeitsprogramm für den Monat September nahegebracht. Wir möchten...die Grundlinien für das, was wir vorschlagen, hier ein wenig näher aufführen:

1) In der Zeit zwischen dem 4. und 11. September wird in der ganzen Welt die Solidaritätswoche mit Chile abgehalten. Am 18. September wird der Nationalfeiertag von Chile begangen, in Erinnerung an die 164 Jahre unserer Ersten Unabhängigkeit.

2) Einige Jugend-und Gewerkschaftsorganisationen haben uns ihre Absicht mitgeteilt, innerhalb des genannten Zeitraums internationale Solidaritätskonferenzen mit dem chilenischen Volk

3) Wir fordern dazu auf, eine möglichst große Zahl von Erklärungen durch wichtige Organisationen herauszugeben, die ihre Solidarität mit dem Volk von Chile ausdrücken.

4) Wir fordern dazu auf, öffentliche Gedenk-und Solidaritätsveranstaltungen durchzuführen.

5) Wir schlagen die Abhaltung von kulturellen, künstlerischen, folkoloristischen Abendveranstaltungen vor.

6) Wir fordern dazu auf, die Verschickung entsprechender Briefe und Postkarten ins Auge zu fassen.

7) Wir fordern dazu auf, Telegramme an den Kardinal Raul Silva Henriquez, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Junta selbst zu senden, in denen Erklärungen stehen, die faschistische Junta verurteilen.

8) Während des Monats September bitten wir um die Durchführung von Geldsammlungen.

Darüber hinaus schlagen wir vor: 9) Die letzte Rede des Präsidenten Allende und ihre Übersetzung in der jeweiligen Landessprache über "adio und Fernsehen zu verbreiten; und außerdem am 11. Deptember folgenden Satz zu senden: "Heute, am 11. September, verbeugen sich die Völker der Welt vor Salvador Allende und den chilenischen Patrioten und verurteilen die faschistische Diktatur."

10) Gottesdienste abzuhalten, die von den Teilen der Christenheit organisiert werden, die sich mit dem chilenischen Volk solidarisieren - in Erinnerung an die Patrioten, die im anti-

faschistischen Kampf gefallen sind.

11) Die Abhaltung von feierlichen Sitzungen der Parlamente, Landtage, Gemeindevertretungen und anderer Gremien zu fördern, in denen Salvador Allende die Ehre erwiesen und die Tyrannei verurteilt wird.

12) Von Seiten jedes Komitees und jeder Organisation Inserate mit dem gleichen Ziel in der lokalen Presse zu veröffentlichen. 13) Handzettel oder Wimpel herzustellen, die massiv während des Zeitraum vom 4.bis 11.September an Autos und Zügen angebracht

14) Die öffentliche Meinung auf die brutale Unterdrückung aufmerksam zu machen, die die faschsitische Junta gegen das Volk im kommenden Monat September gebaruchen wird. In diesem Sinne erscheint es uns zweckmäßig, die Entsendung von repräsentativen ausländischen Beobachtungsdelegationen nach Santiago während der genannten Daten herbeizuführen, um eine internationale Überwachung zu erreichen, damit ernuete und verschärfte Angriffe auf die Menschenrechte während der genannten Daten verhindert werden.

15) Am 18. September kann der Nationalfeiertag von Chile unter Beteiligung der anwesenden Chilenen begangen werden und, wenn es möglich ist, öffentliche Veranstaltungen durchgeführt werden, die die faschistische Junta und diejenigen verurteilen, die sie unterstützen oder repräsentieren.

16) Für die Durchführung der Solidaritätswoche mit Chile schlagen wir folgende Parolen vor:

DAS VEREINTE VOLK WIRD DEN FASCHISMUS STÜRZEN!
DAS CHILENISCHE VOLK WIRD DEN FASCHISMUS BESIEGEN!

Wir hoffen, daß diese Vorschläge für Eure Aufgabe nützlich sein werden. Wir weisen Euch nochmal darauf hin, daß die Einsendung von Stellungnahmen oder Arbeitsprogrammen an unsere gewöhnliche Adresse per Eilboten erfolgen soll.

> Die Chilenische Linke, Koordination im Ausland Jorge Arrate, Exekutivsekretär

Europäische Konferenz in Paris

Paneuropäische Solidaritätskonferenz in Paris 6./7. Juli 74

Um die Weltöffentlichkeit über die in Chile seit dem 11. September 1973 begangenen Verletzungen der Menschenrechte aufzuklären und die Solidaritätsbewegung für die verfolgten chilenischen Demokraten zu stärken, versammelten sich am 6./7. Juli in Paris Delegierte der Linksparteien und Gewerkschaften aus 18 Ländern zur 1. paneuropäischen Solidaritätskonferenz über Chile. Hauptthema der Konferenz: die Verstärkung der Öffentlichkeitskampagnen mit dem Ziel, die Militärjunta zur Wiederrespektierung der unterdrückten verfassungsmäßigen Freiheiten, insbesondere der gewerkschaftlichen Organisationen, zur Respektierung der elementaren Menschenrechte und zur Aufhebung des inneren Kriegszustandes, der als willkürlich juristische Grundlage für die blutige Verfolgung der demokratischen Kräfte Chiles genommen wird. In der Schlußresolution richteten die Konferenzteilnehmer einen Appell an den UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim, sich persönlich für die Freilassung der politischen Gefangenen einzusetzen und forderten die Entsendung weiterer Juristenkommissionen nach Chile, um nähere Einzelheiten über die Praktiken der Sondergerichtshöfe und der Bahandlung der politischen Gefangenen in Erfahrung zu bringen.

Die Anwesenheit führender chilenischer Exilpolitiker wie des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Chiles, Carlos Altamirano, von Beatriz Allende und Edgardo Enriquez (MIR) auf der Tribüne der Konferenz unterstrich nicht nur den Sachverhalt, daß diese Politiker nach wie vor als die einzig legitimen Repräsentanten des chilenischen Volkes anzusehen sind, sondern auch die Tatsache eines sich immer besser und effektiver organisierenden Widerstands gegen die Militärjunta in Chile selbst, einem Widerstand, dem es trotz schwerster materieller Bedingungen in den letzten Monaten offensichtlich gelungen ist, einen großen Teil der Bevölkerung, bis hin zu früheren Sympathisanten der Christdemokraten, in Widerstandskomitees zu organisieren und dadurch die Junta innenpolitisch weiter zu isolieren. Befragt über den Umfang dieser antifaschistischen Widerstandsbewegung, erklärte Carlos Altamirano, auf dessen Ergreifung die Junta ein Kopfgeld von 1 Million Escudos ausgesetzt hat:

"Trotz seiner vorübergehenden Niederlage haben die Leiden des chilenischen Volkes eine große Welle der Solidarität ausgelöst, auf die wir sehr stolz sind. Der Widerstand nimmt immer mehr zu. Und dieser Widerstandsbewegung schließen sich in immer stärkerem Maße die fortschrittlichen Kräfte der ganzen chilenischen Gesellschaft an, nicht nur aus den Reihen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, sondern auch aus der Schicht des Klein- und mittleren Bürgertums, das sich nun voller Abscheu vom Terror des Faschismus und dem ökonomischen Chaos, das er ausgelöst hat, vom Regime ahwendet. Wir haben Vertrauen in den endgültigen Sieg. Wir sind sicher, daß das Volk, daß der Kampf des Volkes gegen den Faschismus siegreich sein wird und daß Chile schließlich definitiv den Weg zum Aufbau einer neuen Gesellschaft einschlagen wird."

Um dem Ziel, das sich dieser antifaschistische Kongreß gesetzt hat, näherzukommen, bedarf es freilich nicht nur guter Worte, noch breiter muß über das Ausmaß der politischen Verfolgung aufgeklärt werden, eine noch bessere Hilfe für den chilenischen Widerstand ist zu leisten. Die Pariser Konferenz verstand sich als wichtiger solidarischer Beitrag auf dem Wege dorthin.

Chile Solidarität in den USA

Chile-Konferenz in Washington 14./15. Juli 74

Die Konferenz versammelte 110 Teilnehmer aus ca. 15 Staaten der USA (Teilnehmer aus Californien, der Ostküste und Chicago überwogen). Es waren die verschiedensten politischen Gruppen vertreten: linke Demokraten, einige linke Gewerkschaftler – vor allem die Meat Cutter und Farmworker –, Labor Communist Party of the USA, Maoisty Chicago Citizens Committee to save lives in Chile sowie Mitarbeiter Senator Edward Kennedys, die mit ihm für Flüchtlinge und für die Streichung der Militär- und Wirtschaftshilfe an Chile arbeiten.

Die wichtigsten Reden hielten Abe Feinglass von der Meat Cutters Union und Ronald Dellums, Kongreßabgeordneter von Berkley. Feinglass berichtete aus eigener Anschauung u.a. über Gefängnisse und Tortur in Chile und stellte humanitäre Erwägungen in den Vordergrund. Dellums, einer der konsequentesten linken Demokraten im Kongreß, hielt eine sehr engagierte politische Rede gegen die "zynische Zerstörung von Ländern der Dritten Welt im Namen der US-Investitionen". Er sagte: "Die chilenische Tragödie ist die Tragödie der USA" und rief dazu auf, sofort jede Hilfe der USA für die Mörder des chilenischen Volkes einzustellen.

Am Nachmittag wurden in drei Arbeitsgruppen die Resolutionen und Petitionen der Konferenz diskutiert: Öffnung der Grenzen für Chile-Flüchtlinge, Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe der USA an die chilenische Junta, Forderung von Hearings im Kongreß über die Rolle der USA während des Putsches.

Am zweiten Konferenztag besuchten alle Teilnehmer die Büros der Senatoren und Kongreßabgeordneten ihres jeweiligen Staates, um als "people's lobby" mit den Abgeordneten zu sprechen und die Materialien der Konferenz zu übergeben. Eine Reihe von Kongreßabgeordneten sagten zu, gegen die Finanzhilfe an Chile zu stimmen, wenn im September die diesjährige Foreign Aid Bill zur Abstimmung vorgelegt werden wird. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß sich im Kongreß eine Mehrheit gegen die weitere Finanz- und Militärhilfe an Chile bildet.



AUFRUF DER WESTDEUTSCHEN KOMITEES ZUR CHILE-WOCHE UND ZUR ZENTRALEN CHILE-DEMONSTRATION AM 14,9,1974

Am 11. September 1973 stürzte das chilenische Militär mit Hilfe des CIA in einem blutigen Putsch die Regierung der Unidad Popular. Während dieser Regierung hatte eine starke revolutionäre Entwicklung eingesetzt. Die Arbeiter besetzten die Fabriken. Sie organisierten die Produktion und die Verteilung der Waren selbst, indem sie begannen, sich ihre eigenen Machtorgane zu schaffen. Die armen Landarbeiter versuchten, das Land gemeinsam unter eigener Planung zu bebauen. Gegen diese Bewegung, die den Aufbau des Sozialismus vorantreiben wollte, richtete sich der Putsch der Junta.

Heute leben aufgrund der wirtschaftlichen Maßnahmen der Junta, wie Zurückgabe der besetzten Betriebe an die alten Besitzer, Preistreiberei und Lohnstopp, die Arbeiter und Bauern unter dem Existenzminimum. Um diese äußerste Ausbeutung abzusichern, ist die Junta gezwungen, die Arbeiterklasse in völliger Rechtlosigkeit zu halten.

Mit grauenhaften Methoden werden Arbeiter, Bauern, Angestellte und Intellektuelle mit Hilfe amerikanischer und brasilianischer Experten, sowie ehemaligen SS-Offizieren, eingekerkert, verfolgt, gefoltert und ermordet, wobei durch den Aufbau eines Repressionsapparates seit Anfang 1974 die Unterdrückung gezielter verläuft.

Die von der Junta unterdrückten Massen sind jedoch nicht bereit, sich diesem politischen und sozialen Joch zu unterwerfen. Inzwischen sind in Chile im Untergrund Widerstandskomitees entstanden, die versuchen, den Widerstand zu organisieren. Vereinzelte Streik- und Flugblattaktionen, Boykottmaßnahmen in der Produktion oder die Zerstörung von militärischen Objekten sind die ersten Ansätze.

Die Militärdiktatur übt die Unterdrückung in Chile aus, um die Bedingungen für Investitionen insebsondere des ausländischen Kapitals zu schaffen. Aus diesem Grund haben z.B. die Farbwerke Höchst den Putsch des Militärs ausdrücklich begrüßt. Die BRD-Regierung hat schon während der Regierung der Unidad Popular dieser deutschen Konzerne vertreten. Sie nimmt auch jetzt eine doppelzüngige Haltung, indem sie eimerseits den Putsch gelegentlich "moralisch" verurteilt, andererseits ständig alles tut, um die Junta finanziell zu unterstützen. Der Sturz der Junta wird dadurch erleichtert, daß es gelingt, die Unterstützung durch die BRD-Regierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse abzublocken.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE

KEINE UNTERSTÜTZUNG DER JUNTA DURCH DIE BUNDESREGIERUNG UND DIE WESTDEUTSCHE KAPITALISTENKLASSE

FÜR DIE FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER CHILENISCHEN ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BAUERN

FREIHEIT FÜR DEN CHILENISCHEN GEWERKSCHAFTSVERBAND CUT

FÜR UNEINGESCHRÄNKTE AUFNAHME ALLER FLÜCHTLINGE IN DIE BRD FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG FÜR ALLE POLITISCHEN FLÜCHTLINGE IN DER BRD

NIEDER MIT DER MILITÄRJUNTA

SOLIADRITÄT MIT DEM CHILENISCHEN WIDERSTAND

Für den Erfolg des Widerstandes ist es von großer Bedeutung, inwieiweit es gelingt, die Junta wirtschaftlich, politisch und diplomatisch zu isolieren und dem entstehenden chilenischen Widerstand international durch eine breite Sclidaritätsbewegung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund stellt sich in der Bundesrepublik die Aufgabe, gerade im Hinblick auf den 11.September, alle unsere Energien zusammenzufassen, um unsere Solidarität mit dem chilenischen Widerstand nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen.

In England, Italien Holland und Australien (Eine Stunde Lohn für Chile, Boykott militärischer Produktion für Chile) haben Arbeiter und Angestellte beispielhaft gezeigt, wie man chilenischen Widerstand aktiv unterstützt. Wir rufen die Gewerkschaftsmitglieder auf, solche Aktionen zu aiskutieren und ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die unterzeichnenden westdeutschen Chile-Komitees rufen deshalb zur Durchführung einer Chile-Woche vor dem ,11. Semtember auf , an deren Ende als Höhepunkt eine nationale Demonstration sta stattfinden soll. Die Chile-Komitees fordern alle larteien und politischen Organisatioen, Gewerkschaften, kirchliche Verbände und humanitäre Organistioenn auf, alles in ihren Kräften stehende zu tun, am 14. 9. 1974 eine einheitliche Demonstration durchzuführen.

Dieser Aufruf ist inzwischen von 35 westdeutschen Chile-Komitees unterzeichnet worden, darunter: Aachen, Aschaffenburg, Bochum, Bonn, Bremen, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Kiel, Köln, Konstanz, Münster, Nürtingen, Osnabrück, Saarbrücken, Siegen, Stuttgart, Waiblingen, Wolfsburg. Der Aufruf wird unterstützt vom Chile-Komitee Berlin.

Folgende Organisationen haben bisher dem Aufruf zugestimmt und die Unterstützung gemeinsamer Aktionen zugesagt: GIM, KBW, KELA Frankfurt und FOLA München, SAG, Sozialistisches Büro, Spartacusbund, SVI, WWA und andere Organisationen.

Die Liga gegen den Imperialismus und die KPD werden an der nationalen Demonstration mit einem eigenen Block teilnehmen.

Die nationale Demonstration findet am 14. September in Frankfurt/M. statt. Treffpunkt ist der OPERNPLATZ um 12 Uhr.



BRIEF AUS GÖPPINGEN

Am 11.August erreichte uns folgender Brief:

Liebe Genossen,

wir bitten in einer der nächsten Nummern der Chile-Nachrichten um die Veröffentlichung, daß in Göppingen am 11. September aus Anlaß des Jahrestages des Putsches in Chile eine Demonstration in Form eines Schweigemarsches stattfindet. Teilnehmer sind: Arbeitskreis Dritte Welt, DKP, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Spartacus, GIM.

Mit solidarischen Grüßen!

W.L., Aktionsgemeinschaft Chile, Göppingen

Vom Chile-Komitee in Tübingen wird zum 11. September - dem Jahrestag des Putsches - eine besonders eindrucksvolle Aufklärungskampagne durchgeführt.

Analog zu der in Chile während der Zeit der UP-Regierung durchgeführten Milchspendeaktion, bei der jedes Kind täglich kostenlos 1/2 l Milch erhielt, verkaufen die Tübinger Genossen zur Sammlung von Geldern für Chile Milchtüten zum Preis von 2.-DM, die zusammen mit einem Aufklärungsflugblatt sowie einem Bild von HAP-Grieshaber - das der Künstler für dieseng Zweck zur Verfügung stellte - an die Bevölkerung verteilt werden.

In Tübingen fand außerdem im Juli ein "Internationales Arbeiterfest" statt, veranstaltet vom SPD-Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer.

WEST BERLIN: ERSTE AUSWEISUNGSVERFÜGUNGEN GEGEN CHILE-FLÜCHTLINGE

Die Bemühungen verschiedener Organisationen - Amnesty International, Chile-Komitees, Institutionen der Kirchen, Solidarinational, Chile-Komitees, Institutionen der Kirchen, Solidarinational, Chile-Komitees, Institutionen der Kirchen, Solidarinational Entschaften, Universitäten und Hochschulen usw. - Verfolgten und Verhafteten in Chile und den Chile-Flüchtlingen in der Bundesrepublik und West-Berlin zu helfen, sind durch eine kürzliche Entscheidung des Vest-Berliner Senators für Inneres erschwert bzw. zum Teil unmöglich gemacht worden. Der Senat hat Flüchtlingen aus Chile die Aufenthaltsgenehmigungen für eine Arbeitserlaubnis verweigert, obwohl Arbeitszusagen, u.a. auch von kirchlichen Organisationen, vorlagen.

Die Anträge wurden von der W_est-Berliner Ausländerpolizei mit einer Ausweisungsverfügung beantwortet. In Gesprächen zwischen einer Ausweisungsverfügung beantwortet. In Gesprächen zwischen Amnesty International und dem Senat ist inzwischen erreicht worden, daß die Ausweisung nicht vollzogen wird. Rechtlich bleibt jedoch gemäß der Entscheidung des Senats die Ausweisung gültig. Die Begründung dieser Entscheidung 188t nur auf Zynismus der Behörden schließen:

Chile-Komitee

Kiel

57

"Der unkontrollierte Zustrom ausländischer Arbeitnehmer beeinträchtigt jedoch Belange der Bundesrepublik Deutschland, so daß die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ... nicht in Betracht kommet."

Die "Duldung" der Flüchtlinge in West-Berlin, mit der der Senat auf eine sofortige Ausweisung verzichet, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß legal jederzeit eine Abschiebung möglich ist.

In anderen Föllen, in denen Chile-Plüchtlinge in den Anträgen auf Aufenthaltsgenehmigungen ihren Willen auf Arbeitsaufnahme Bußerten, wurde ihnen diese Genehmigung verweigert mit dem Hinweis darauf, daß sie ja in die Bundesrepublik bzw. West-Berlin eingereist seien, um zu arbeiten. Damit würden sie gegen die geltenden Ausländergesetze verstoßen und "ohne Ausnahme als 'illegale Ausländer' betrachtet und entsprechend gehandhabt" werden.

Din brasilianischer Flüchtline, der aus Chile nach Nexiko geflüchtet var, dort weder arbeiten noch studieren durfte, kein
Asyl erhalten konnte, reiste in die Bundesrepublik ein und beantragte politisches Asyl. Da er ohne Dokumente aus Chile flüchten auste, stellten ihm die mexikanischen Sehörden einen Ausreisepaß aus, der bei der Einreise in ein anderes Land ungültig
wird. Jetzt, machden der Flüchtling in Vest-Berlin den Antrag
auf politisches Asyl gestellt hatte, wurde er wegen ungültiger
Dokumente zu einer Geldstrafe von 150,-Dil ersatzweise 10 Tage
Haft verurteilt.

In des Protest gegen dieses skandalöse Verbalten der West-Berliner Behörden ist die solidarische Unterstützung aller Organisationen notwendig, die die Hilfe für Chile-Flüchtlinge als eine woralische und dewokratische Verbflichtung verstehen.

Das West-Berliner Komitee "Solidarität mit Chile" fordert dazu auf, gegen die Billigung der Ausweisungsverfügungen durch den West-Berliner Innensenator in entsprechenden Schreiben an den Benstor für Immeres, 1 Berlin 30, Fehrbelliner Flatz 3, zu protestieren.

Wir fordern für die Chile-Flüchtlinge in der Bundesrepublik und West-Berlin:

Aufenthaltsgehehsigungen und Arbeitserlaubnis Großzügige und unbürokratische Hilfe der Behörden

INFORMATIONEN

CHILE - KOMITEES

Chile-Komitee Hamburg c/o Angelika Berg

2 Hamburg 13

Karolinenstr.6 040/4399833

Chile-Komitee Bremen c/o Wolfgang Belau 28 Bremen Köpkenstr.9

Komitee für ein sozialistisches Chile Hannover c/o Michael Ehrke 3 Hannover Grazer Str. 6 0511/839974 Komitee "Solidarität mit Chile" Heidelberg c/o Marianne Zapp 69 Heidelberg Hauptstr.18 Komitee "Solidarität mit Chile" Tübingen c/o Max Steinacker 74 Tübingen Gartenstraße 60 07122/21676 Komitee "Solidarität mit Chile" Westberlin c/o ESG 030/853800 Berlin 31 Koblenzer Str.8 AELA München 8 München Metzstr.15 AELA c/o Katholisches Studentenhaus Frankfurt Friedrich Dessauer 6 Frankfurt a.M. 1 Wilhelm von Steubenstr.90 KELA Frankfurt c/o Dieter Maier 0611/776650 6 Frankfurt a.M. Konrad Broßwitzstr. 33 AELA c/o dorge Rivera Aachen 51 Aachen Meerssener Str. 4 Chile-Komitee c/o BABULA 51 Aachen Aachen Pontstr.133 Aktion Lateinamerika c/o Asta Freiburg Bertoldstr, 26 Komitee "Solidarität mit dem chilenischen Volk" c/o Gabriele Schapper Salzgitter 332 Salzgitter Franz Zobelstr.5 c/o Klaus Knittel Chile-Komitee 4 Düsseldorf Düsseldorf Worninger Str.49

c/o Asta

23

Kiel

Westring Postfach Chile-Komitee

Sozialistisches Zentrum

c/o Ulf Baumgärtner Stuttgart 1 Hasenbergstr.92

Komitee "Solidarität mit Chile"

Bielefeld .

c/o M. Beuza 4801 Bielefeld

Uerentrup-Mönkebergstr. 202

Solidaritätskomitee Chile

Celle

c/o Dietrich Höper 31 Celle-Westercelle Zur Bünte 5

Chile-Solidaritätskomitee

Lüneburg

c/o Irma Ströse 314 Lüneburg

Barkhausenstr.3

Chile-Solidaritätskomitee

Wolfsburg

c/o L. Gritschke

318 Wolfsburg Brüder Grimm Str.34

Chile-Komitee Garbsen

c/o Dieter Bergmann

3011 Garbsen Döbbecker Str.8

Initiativkreis "Solidarität mit Chile"

Münster

c/o Fritz Hufendiek

44 Münster Breul 43 ESG

Komitee "Solidarität mit Chile"

Gütersloh

c/o Siegfried Lanier

483 Gütersloh Gneisenaustr.32

Chile-Komitee

Bochum

c/o ESG-RUB

463 BochumAuerenburg Lennerhofstr.66/8

Solidaritätskomitee "Freiheit für Chile"

c/o H.Ellrich

5 Köln 1 Ubierring 1

Chile-Komitee c/o D. Turowsky

Bonn

53 Bonn 1

Kronprinzenstr.1

Chile-Komitee

c/o Harald Pilzer

Konstanz 775 Konstanz

Obere Laube 42

Aktionsgemeinschaft Chile

Göppingen

c/o Wolfgang Lessner

732 Göppingen

Nordring 103

BIBLIOGRAPHIE

Wim geoen eine Übersicht über Bücher, Broschüren und Periodikas in deutscher Sprache, deren Thema oder Hauptschwerpunkt Chile ist.

Acquaviva u.a., Das Chile der Volkseinheit Marxistische Taschenoücher, Frankfurt 1972, DM 6,50

Bernauer Ursula, Elisaceth Freitag, Poder Popular in Chile am Beispiel Gesundheit, Dokumente aus Elendsvierteln; Laetare Verlag, Stein/Nürnberg 1974, DM IO,-

Betrifft: Chile. Die ITT-Dokumente. US-Imperialismus in Lateinamerika; FIVE, Frankfurt 1972, DM 7,80

Billhardt Th. u.a., Santiago de Chile, Hoffnung eines Kontinents Verlag Volk und Welt. Berlin. DM 19.80

Boris Dieter u.a., Chile auf dem Weg zum Sozialismus Pahl-Rugenstein, Köln 1971, DM 9,80

Chile-ein Schwarzouch , hrsg. vom ASK; Panl-Rugenstein, Köln, DM 12,80

Chile - Volkskampf gegen Reaktion und Imperialismus. Ausgewählte Reden des Präsidenten der Republik Chile, Salvador Allende Gossens Berlin, DDR, 1973, DM 6,-

Christen für den Sozialismus, Dokumentation der Projektgruppe Lateinamerika an der Universität Bielefeld zur 3. Weltkonferenz der UNCTAD im März 1972; Bielefeld 1972

Corvalan L., E. Labarca, Kommunistische Politik in Chile VSA, Westperlin 1973, DM 9,80

Deoray Regis, Salvador Allende, Der chilenische Weg Sammlung Luchterhand 42, 1972, DM 9,80 (?)

Dokumente zur Entwicklung in Chile, hrsgg.vom Komitee "Solidaritat mit Chile" Westperlin und dem Sozialistischen Büro, Offenbach 1973, DM 5,-

Eßer Klaus, Durch freie Wahlen zum Sozialismus, rororo aktuell 1554, 1972, DM 4.80 (?)

Garces Joan (Hrsg.), S. Allende, Chiles Weg zum Sozialismus Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1972, DM 8,-

Konterrevolution in Chile, hrsgg. vom Komitee "Solidarität mit Chile", rororo aktuell AI717, 1973, DM 4,80

Lühr Volker, Chile: Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg Sammlung Luchterhand I30

Münster Arno, Chile - friedlicher Weg? Wagenbach, Berlin 1973, DM 7,50

Nohlen Dieter, Chile: Das Sozialistische Experiment Hofmann und Campe Verlag, Hamburg 1973, DM 34,-

Operación Silencio - Fotodokumentation üper das Chile nach dem Putsch; Verlag der Nation, DDR, 1974

Revolution und Konterrevolution in Chile, mit Beiträgen von C.Müller-Plantenberg, A.Münster, V.Lühr; Sammlung Luchterhand 142 1974, DM 9,80

59

61

Rieben Pierre, Reportagen aus dem Chile der Militärjunta, JSP-Verlag, 2 Hamburg I3. Hochallee 2I. DM 4.50

Sonntag Heinz R., Revolution in Chile: Der schwierige Weg zum Sozialismus, S. Fischer, Frankfurt 1972, DM 3,80

Villegas Sergio, Das Stadion, Augenzeugen über den Terror der Junta in Chile; Verlag Neues Leben, DDR; Weltkreis-Verlag, Dortmund, Brückenweg I6, DM 2,50

NEU! Widerstand in Chile, Dokumente, Interviews und Manifeste des MIR, Politik 54 Wagenbach, DM 5.50

b) BROSCHÜREN

Dokumente des chilenischen Widerstands (MIR - MAPU) Chilekomitee Hamburg, c/o Angelika Berg, 2 Hamburg 6, Karolinenstraße 6; DM I,- für Chile-K., AELAS und Buchläden 0,70

Chile-Komitee Neunkirchen, Lehrstück des Imperialismus K.Zimmer, c/o ASTA der Universität, 66 Saarbrücken, Im Stadtwald

Chile-Solidaritätskomitee Stuttgart, Chile-Dokumentation 7 Stuttgart I, Hasenbergstr.95a, DM I,50, Gruppen DM I,-

Chile-Komitee Kiel, Worte und Taten der chilenischen Kapitalisten während der Regierungszeit der UP; c/o Jörg Feldner, 23 Kiel, Rendsburger Landstraße 59. DM 1.50

Chile-Komitee Freiburg, KHG u.a., Chile-Volksmacht im Gesundheitswesen; C. Hegelmaier, 78 Freiburg, Terlanerstr.4, DM 2,-

Chile-Dokumentation Nr.I "Poder Popular", AELA c/o Patricio Handl Alvarez, 2 Hamburg 13, Bornstr.2

Chile heute, ALA c/o Asta-Uni, 78 Freiburg

Lateinamerika heute - Nr.6 Chile, AELA Hamburg, 2 Hamburg I3, Bornstr. 2, Februar 1974, DM 1.50

MAS REVOLUCION Info Nr.I/ März 1974, SDS-Hannover/ASTA TU 3 Hannover, Theodorstr. 2, DM I,50

Kritische Justiz, Chile-Schwerpunktheft, Heft 3 - 1973 Juli/Sept.

Entwicklungspolitische Korrespondenz Nr. 5/6 - 73; c/o Erfried Adam, 2 Hamourg 19, Postfach 2846

Aroeiterpolitik Nr.4/6 1971, Chile zwischen bürgerlicher Legalität und sozialistischer Revolution: 28 Bremen, Admiralstr.139

Dokumente zur Entwicklungspolitik 3, Informationszentrum Dritte Welt. 78 Freiburg, Lorettostr.8

Chile Antiimperialistischer Kampf 7, hrsgg. vom Verlag Roter Stern, Frankfurt, DM 5,-

Chile: Das Volk wird siegen! Hrg: Liga gegen den Imperialismus

Materialien zum Antiimperialistischen Kampf Nr.4 Dezember 1973 "Chile 1973: Crear, crear poder popular"; SVI e.V. 56 Wuppertal 2, Friedrich Engels Allee 164a; SVI PB, I Berlin 12, Jepenstr. I, DM 2,-

<u>Venceremos - Chile und die Unidad Popular,</u> JUSO Landesorganisation Hamourg, AK Internationales

Chile nach dem Putsch, Analysen und Dokumente zum Putsch und Widerstand; Hrg: GIM/RML (Schweiz); ISP-Verlag, 2HH-I9, Hochallee 2I

Erste Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile; März 1974, Bulevardi 13 A, SF - 00120 Helsinki 12, Finnland

Materialien zur Konterrevolution in Chile, Hrg: Arbeitsgruppe Sozialisten für Chile, A-I090 Wien, Badgasse I-7/7/13

Chile - Medizin und Folter, Basisgruppe Medizin Zürich, Postfach 299, CH-8035 Zürich, Mai 1974

Chile-Nachrichten, Sondernummer 2, Juni 1974, DM 2,-Die chilenische Wirtschaftskrise und die Militärregierung Grundzüge und Ergeonisse der Bündnispolitik der chilenischen Linken 1970 - 1973

Neue Organisationsformen der chilenischen Arbeiterklasse während der Unidad Popular

Dokumentation der Berliner Aktionen zur WM, Komitee "Solidarität mit Chile" Westberlin, DM 1,50

c) PERIODIKA

Pressespiegel, Chile-Komitee Hamburg, Adresse s.o.

Chile-Zeitung, hrsgg. vom Chile-Komitee Kiel, c/o Jörg Feldner 23 Kiel, Rendsburger Landstr. 59, DM 0,20

Poder Popular, Zeitung des Chile-Komitee Göttingen, c/o F.Urbat 34 Göttingen, Nikolausbergerweg 9

Chile kämpft, Zeitung des Chile-Komitee Osnabrück, c/o Klaus Dieter Müller, 45 Osnabrück, Hasenstr.56

Der Kampf geht weiter, Zeitung des Chile-Komitee Basel, 4001 Basel, Postfach 704

ASK - Informationen, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika. Asien und Lateinamerika, 6 Frankfurt/M., Eichwaldstr.32

Chile-Zeitung, hrsgg. von Westberliner Betriebsgruppen und dem Komitee "Solidarität mit Chile", DM 0,IO

In Chile-Machrichten Nr.18 haben wir auf die Zeitung Chile-Informativo Internacional aufmerksam gemacht, die vom argentinischen "Solidaritätskomitee mit dem Kampf der lateinamerikanischen Völker" (COSOLPLA) herausgegeben wird. Das Redaktionskollektiv wird von chilenischen Genossen gebildet, die unentgeltlich arbeiten. Aber Material-, Druck- und Versandkosten werden immer mehr zum Problem. Unterstützt diese wichtige politische Arbeit. Schickt IO US-Dollar an: COSOLPLA, Casilla 3032, Correo Central, Buenos Aires, Argent.

Campanha, Organ von Brasilianern im Exil, das bis zum Putsch in Chile herausgegeben wurde, konnte drei Monate nicht erscheinen wegen finanzieller Schwierigkeiten. Ein Jahresabonnement kostet IO US-Dollar. Briefe und Beiträge an: Jose Campos, c/o Peter Klein, 5 Köln 4I, Siebengebirgsallee 30.

Wir bitten alle diejenigen, die aus sprachlichen Gründen mit diesen beiden Zeitungen nichts anfangen können, Gruppen oder Personen zu suchen, denen diese direkten Informationen nützen könnten.

Chile Schallplatten:

		the state of the s
Titel	Verkaufspreis	Bestellung an:
Chile Solidarität (amnesty international	DM 12	Hertmut Brühl 5 K ö 1 n. Reischplatz 18
<pre>-hören sie mal general Ulli Simon(chil.Flücht ling;wurde von ai betr</pre>	_	Heinz-Otto Behr 4 Düsseldorf 30 Eugen-Richter-Str. 8
Solidarität mit Chile (Single Platte mit ei- ner Rede von Präsident Allende) Bestellnummer: Peng 16		Verlag - Pläne 46 Dortmund Rohrallee 62
Victor Jara - La Población- Nr. 88110	DN 22	Verlag - Pläne Anschrift oben
Inti Illimani - Viva Chile - Nr. 88111	DH 22	Verlag - Pläne Anschrift oben
Quilapayún Nr. 881o5	DM 22	Verlag – Pläne Anschrift oben
Joan Baez - Gracias a la Vida - Mr.SP 3614	DIG 22	Bei der örtlichen Ariola Verkaufs- niederlassung
Chile Schallplatte v. Mitgliedern des <u>Georg-</u> von Rauch-Hauses	DN 4	Joachim Müller 1 Berlin 36 Waldemarstr.102

Filmanzeige: " Chile, Der Kampf geht weiter" von Elfriede Kohut und Dieter Esche.

Der Film stellt im Wesentlichen einen politischen Erfahrungsbericht aus den Jahren 1972/73 während der UP-Regierung dar. Daß der Film so spät fertig geworden ist, hat viele Gründe, aber ohne die Hilfe von Regine Heuser, Stefan Lukschy und Aribert Weis sowie der Unterstützung der Westberliner Film- und Fernsehakademie wäre uns seine Fertigstellung kaum gelungen.

(16 mm, Farbe, in deutscher Sprache) Anzufordern beim Westberliner Chile-Komitee, 1 Berlin 31, Koblenzerstr. 8.

Radio Havanna, das in seinen Sendungen sehr umfangreich über die anti-imperialistische Befreiungsbewegung in Lateinamerika und den Widerstand in Chile berichtet. hat seine Sendezeiten und Frequenzen des Programms für Europa modifiziert. Die Sendungen für Europa werden nun täglich swischen 20 Uhr und 22 Uhr 40MEZ auf Kurzwelle im T9-Neter-Band auf der Frequenz 15 155 Khz über Richtstrahler ausgestrahlt, und zwar: in französischer Sprache in der Zeit von 20 Uhr bis 21 Uhr IO HEZ, und danach ir englischer Sprache in der Zeit vor 21 Uhr 10 bis 22 Uhr 40.(45%) Es Rahmen des englischsprachigen Programms sendet Radio Mayanna von 22 Uhr 10 bis 22Uhr 40 (阿智) "The Voice of Vietner, die togliche Wachrichtenübersicht von Radio Gini-Phong, des Senders der Provisorischen Revolution ren Regierung Sidvietnams, in einer Übernahme von Radio Hanei. Die Emmfanosagalität der Jendungen ist in Frankreich (und vermutlich in dang Mitteleuro /) cut. Wer sich niher Wher die Muslandssendungen vor Radio Wavarra-Cuba i verhieren will, der nobreibe an den Postfech 7006 in La Habane - EMbA.

MATERIALLISTE DES CHILE-KOMITEES WESTBERLIN Postkartensatz "Politische Wandmalerei in Chile 6,-DM (12 Stck. farbig) Postkartensatz "Massaker in Chile 16 Offsetdrucke 10,-DM nachPinselzeichnungen von Chr. Niess 2,-DM Autokleber gr. Autokleber kl. 1,-DM Dokumentation zu den Aktionen zur WM in Westberlin 1,50DM Dokumentation der Chile-Nachrichten NR 2 2,-DM 0,50DM Dokumentation zu den Militärprozessen in Chile Nr 1 1,-DM * Pressespiegel "Das westdt. Kapital u. seine Freunde" Dokumente des chilenischen Widerstands (Erklärungen 1.-DM * von MIR und MAPU) "Si.compañero", spanischspr. Bulletin (bis jetzt 4 Nummern) 1,-dM "Hata la victoria, siempre" Biographie Che Guevara 2,-DM 5,-DM Konterrevolution in Chile, rororo-aktuell A1717 Platte der Genossen vom Rauch-Haus 4,-DM Faltplakat "Ein Stundenlohn für Chile" 10Stck 3,-DM Plakat "Spendet für den Sieg der chilenischen Arbeiter-4,-DM klasse" (ITT-Fledermaus) Plakat Der Kampf geht weiter (Südam. Kontinent als 4,-DMFaust mit Gewehr) 2,50DM Allende ("Die Volksfront lebt")-Plakat 2,50DM Allende-Porträt 4,-DM Plakat Bautista van Schouven 3,-DM Veranstaltungsplakat Frankfurt

Wichtig: alte Wummern der Chile-Nachrichten sind ab der Nr.10 noch vorrätig!

Plakat Pinochet

4,50DM

^{*)}auch zu beziehen über: Angelika Berg,2 Hamburg 6 ,Karolinenstr.6